

ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Castro in Grenada

Am 25. Oktober 1983 gab USA-Präsident Ronald Reagan als Oberkommandierender der Streitkräfte der Vereinigten Staaten einen Angriffsbefehl von beispielloser Feigheit. Auf einem Golfplatz in Augusta (Südstaat Georgia), löste er in einer Spielpause die Operation „Urgent Fury“ (Drängende Wut) - den Überfall von 6 000 Fallschirmjägern, Rangern und Marineinfantristen auf den nur 344 Km² (ein Drittel von Rügen) messenden und knapp 100 000 Einwohner zählenden Inselstaat Grenada aus. Als Vorwand für die bald darauf von der 28. UNO-Vollversammlung mit den Stimmen selbst der NATO-Verbündeten Washingtons verurteilte Aggression diente die Erfindung, amerikanische Studenten einer von den USA in der Inselhauptstadt St. George's unterhaltenen Medizinischen Hochschule seien in Gefahr gewesen. Von diesem College aus, das nur von USA-Bürgern besucht wurde, hatte eine CIA-Operativgruppe im Rahmen des Geheimplans „Pyramide“ systematisch Zersetzungsrbeit geleistet. Der Plan war angelaufen, nachdem im März 1979 in Grenada eine linksgerichtete, mit der kubanischen Revolution sympathisierende und bald von rund 60 Staaten diplomatisch anerkannte Regierung unter dem dynamischen jungen Anwalt Maurice Bishop die Macht übernommen hatte. Zu dem die USA irritierenden Kurswechsel Grenadas gehörte die Verkündung einer vom Imperialismus unabhängigen Außen- und Außenwirtschaftspolitik. Sozialistische Staaten leisteten Aufbauhilfe. So übernahm Havanna die Errichtung des neuen Zivilflughafens Point Salines, der von Reagan sofort als „gefährlicher sowjetisch-kubanischer Brückenkopf auf den Kleinen Antillen“ attackiert wurde, dessen Fertigstellung unbedingt verhindert werden müsse. Auf Blockade, wirtschaftlichen Boykott, ideologische Diversion, Zersetzungsrbeit in der anti-imperialistischen NEW-JEWEL-Bewegung Bishops und Ermordung des Regierungschefs durch angeblich linksdogmatische Gegenspieler erfolgte der

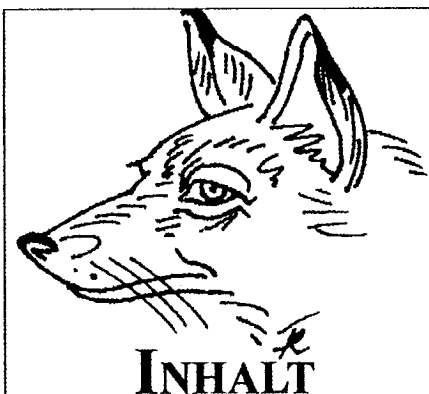
militärische Schlag gegen ein wehrloses und unbewaffnetes Land. Der erste Stoß richtete sich gegen Point Salines, wo mehr als vierzig der sich tapfer verteidigenden kubanischen Bauarbeiter im Kampf fielen. Kubas Einfluß in der Karibik sei mit dem „Sieg der USA“ für immer das Rückgrat gebrochen worden, prahlte die Presse der Aggressoren.

Für immer?

„Fidel Castro befindet sich auf einer triumphalen Tournee durch die englischsprachige Karibik einschließlich dieser winzigen Insel, von wo U.S.-Truppen vor nahezu 15 Jahren die kubanischen Kräfte vertrieben“, berichtete die „New York Times“ am 3. August 1998 vom Wandel der Dinge. Wie schon in Jamaica und Barbados, wo der kubanische Revolutionsführer ebenfalls von Tausenden stürmisch begrüßt worden sei, habe ihm auch das Volk Grenadas am Ende seiner sechstägigen Karibikreise einen überaus herzlichen Empfang bereitet. „Die Blockade Kubas stellt eine Bedrohung der Souveränität anderer Staaten dar“, hatte ihm Jamaicas Premier P.J. Patterson, der Castro „unvergleichlich, da nicht zähmbar“ nannte, auf einem Meeting versichert. Eine Meinung, der sich Grenadas Regierungschef Keith Mitchell anschloß. So war es denn kein Zufall, daß Fidel seinen zweitägigen Aufenthalt in St. George's mit einem feierlichen Akt auf dem inzwischen von kapitalistischen Firmen fertiggestellten Flughafen Point Salines krönte. Er enthüllte dort eine Tafel zum Gedenken an die „kubanischen Internationalisten“, die im Oktober 1983 ihr Leben bei der Verteidigung der Baustelle gegen die USA-Invasoren geopfert hatten.

Kuba hat überlebt - Castro in Grenada! Salz in den Wunden der Imperialisten! Wer sagt da noch sauertöpfisch, die Niederlage des Sozialismus in Europa sei das Maß aller Dinge und unser Spiel für immer verloren?

S.R.



Fidel Castro in Grenada	S. 1
Nur Krakeel?	S. 2
* Wählen oder nicht wählen?	
Entschuldigung!!!...	S. 3
* Die Imperialisten um Entschuldigung bitten? Wofür?	
Lügen haben kurze Beine	S. 4
Volkvertreter und Volkszertreter	S. 4
Wider den Revisionismus	S. 5
* Eine Veranstaltung mit Kurt Gossweiler	
Rechts schlagen - Links stärken	S. 6
* Gespräch DKP-PDS	
Unser Revier	S. 6
* Reinickendorf	
Zur Rechtslage in Verfahren gegen DDR-Bürger	S. 7
* Exklusiv von RA Prof. Dr. Erich Buchholz	
Kronzeuge?	S. 8
Ein schändliches Urteil	S. 9
* Zum KPD-Verbot 1956	
Format und Augenmaß	S. 10
* Zum 25. Todestag Walter Ulbrichts	
Reporterskizzen (4)	S. 11
Am Besten aus Sowjettagen festhalten	S. 12
Vorgestellt: Medizinische Hilfe für Viet Nam e.V.	S. 12
Jeanne Stern zum 90. Geburtstag	S. 13
Leserbriefe	S. 14
Infos & Termine	S. 16

„Wählen oder nicht wählen - das ist hier die Frage“

Nur Krakeel?

Die Bundestagswahlen im September werfen ihre Schatten voraus. Die „heiße Phase“ des Wahlkampfes hat begonnen. Krakeel, Unterstellungen, Versprechungen, wechselseitige Beschönigung der Parteiführungen, unfähig zu sein, Austausch von Vorwürfen, mit der PDS - der „SED-Nachfolgepartei“ - zu paktieren, Beschwören der Gefahr einer „Volksfront!“, von der die freiheitlich-demokratische Republik mit dem Untergang bedroht sei, persönliche Beleidigungen, „Stasi-Verstrickungen“ - all das gehört zum Repertoire. Kurz, wenn die bürgerlichen Parteien zwischen den Wahlterminen ihre politischen Ansprüche noch in relativ gemäßigter Weise geltend machen, dann wird deren Streit um die Beherrschung der Regierungsgeschäfte im Staate während des Wahlkampfes in abnormer, mehr oder weniger hysterischer Weise geführt. Und das Ergebnis eines solchen Wahlkrakeels: Es bleibt alles beim Alten, an den Macht- und Eigentumsverhältnissen ändert sich nichts, unabhängig davon, welche der bürgerlichen Parteien „gewinnt“, wer mit wem koalitiert, wer von wem toleriert wird oder auch nicht.

Damit stellt sich erneut die alte Frage, ob man an solchen Wahlen überhaupt teilnehmen soll, wenn dabei ohnehin nichts Erbauliches für die Arbeitenden herauskommt. Fragen nach der Beteiligung einer kommunistischen Partei an Parlamentswahlen, am bürgerlichen Parlament selbst oder gar an einer bürgerlichen Regierung wurden und werden in der internationalen Arbeiterbewegung von deren Anfängen bis in unsere Zeit kontrovers diskutiert. Anhänger des Anarchismus, Ultralinke wie auch extrem rechte Kräfte verteufeln die Teilnahme am parlamentarischen Kampf und an Wahlen, während bürgerliche und sozialdemokratische Ideologen den Parlamentarismus als das Kriterium der Demokratie lobpreisen, in nicht wenigen Fällen mit Demokratie überhaupt identifizieren, die Demokratie auf Wahlen beschränken, nach dem Rezept: „Ein Mann, eine Stimme!“ - Aus!

So wird auch das allgemeine Wahlrecht - zweifellos eine in erbitterten politischen Massenkämpfen im 19. Jahrhundert erstrittene demokratische Errungenschaft und keineswegs ein Geschenk der Bourgeoisie! - einerseits überschätzt, andererseits in seinen Möglichkeiten für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse unterbewertet, so begrenzt diese unter der Herrschaft des Bank- und Industriekapitals auch immer sein mögen.

Nun kandidiert zu den Bundestagswahlen landesweit aber gar keine kommunistische Partei. Von der sporadischen Teilnahme einzelner DKP-Kandidaten kann hier abgesehen werden. Die PDS aber ist keine kommunistische Partei, sondern eine kleinbürgerlich-demokratische Reformpartei, deren Führungskräfte glauben, sich an jeder Ecke für die DDR entschuldigen zu müssen und einen abstrakten, klassenindifferenten, illusorischen „demokratischen Sozialismus“ - a la Godesberg - als ihr Kampfbanner schwingen. Sie können bis auf den Tag nicht definieren, was das eigentlich sein soll.

Warum also PDS wählen? Ein Grund mehr für Wahlabstinz! Doch das ist nur die eine Seite. Bürgerliche Politiker und Publizisten sehen mit Argwohn, daß es in der PDS neben ihrer kleinbürgerlich-braven und angepaßten Führung auch noch Kommunisten, „Stalinisten!“, sogar eine kommunistische Plattform gibt, und man weiß ja nie, ob diese nicht doch noch mal eines Tages die Oberhand innerhalb der Partei gewinnen können. Dann aber zögen vielleicht leibhaftige Kommunistinnen und Kommunisten, von denen man glaubte, sie nun endgültig los zu sein, in die demokratisch geheiligten Hallen des Bundestages ein.

Sollten wir das ignorieren, wovor bürgerlichen Politikern graut?

Auch wenn keine kommunistische Partei landesweit kandidiert, gibt es gewichtige Gründe, sich an den Wahlen zu beteiligen und trotz aller berechtigten Vorbehalte gegenüber Führern und Kandidaten der PDS - diese Partei zu wählen, zumindest mit der Zweitstimme.

Marx und Engels hatten bereits vor mehr als einhundert Jahren den bürgerlichen Klasseninhalt des allgemeinen Wahlrechts in mehreren Arbeiten, so in der Revolutionsperiode 1848 bis 1851, Engels dann sehr ausführlich in seinen Spätschriften und Altersbriefen, nachgewiesen. Dennoch haben sie sich gegen die von den Anarchisten gepredigte „Abstinz von der Politik“, von Wahlen gewandt. So bezeichnete Engels das allgemeine Wahlrecht als „Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse“, wobei er hinzufügte, daß es im bürgerlichen Staat nie mehr sein kann und sein wird. (MEW 21/168) Aber das Wahlrecht ist nicht nur ein „Fallstrick“ für die Arbeiter, „Instrument der Regierungsprellerei“, sondern kann auch vom Proletariat benutzt werden. (MEW 22/818) Als eine der „schärfsten Waffen“ der Arbeiterklasse könne es aus

einem Mittel des Betrugs in ein Werkzeug der Befreiung umgewandelt werden. Es biete die Möglichkeit, Aufschluß über die eigene Stärke sowie über die aller gegnerischen Parteien zu erhalten. Es sei ein wirksames Mittel, um mit den Volksmassen durch Wahlagitation in Berührung zu kommen und alle Parteien zu zwingen, ihre Ansichten öffentlich darzulegen und gegen die Kritik progressiver Kräfte zu verteidigen. (MEW 22/519)

An der „Wahlagitation“ können sich Kommunisten durchaus beteiligen, auch wenn ihre Partei nicht überall kandidiert. Gelingt es, die PDS mit einer Fraktion in den Bundestag zu bringen, wäre dies ein politisch-moralischer Erfolg, der nicht geringzuschätzen wäre und dem Klassenkampf gegen das Kapital Auftrieb verschaffen könnte, auch wenn er an den Macht- und Eigentumsverhältnissen nichts ändert. PDS-Spitzenfunktionäre in einflußreichen Positionen, die sich mit ihren Auffassungen und Taten der Öffentlichkeit stellen müßten, könnten zur Desillusionierung der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten über ihre reformistische Politik führen und dazu beitragen, daß die Erkenntnis von der Nichtreformierbarkeit des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in den Volksmassen wächst. Das wäre ein wichtiger Schritt der Einsicht in die objektiven ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Gesellschaft, deren verheerende soziale Auswirkungen durch keine „reformistische“ Phraseologie aufzuheben sind. Solange die Arbeitenden in der Illusion befangen sind, über das allgemeine Wahlrecht und einen bloßen Regierungswechsel („Kohl muß weg!“) ihre Lage verbessern zu können, müssen sich Kommunisten an Wahlen und Wahlagitation beteiligen. Sie müssen das unter konkreten Bedingungen und in unterschiedlicher Form tun, um die Werktätigen Schritt für Schritt von solchen Illusionen wegzubringen. Lenin bezeichnete es geradezu als „unbedingte Pflicht“ einer kommunistischen Partei, unter den genannten Umständen an Parlamentswahlen teilzunehmen und sie für die Erreichung ihrer weitergehenden Ziele zu nutzen. (Lenin, Werke, Bd. 31, S. 41ff.)

Die Teilnahme an Wahlagitation und Wahlen zum bürgerlichen Parlament ist eine der vielfältigen politischen Kampfformen einer kommunistischen Partei, wobei die Klassiker keinen Zweifel daran ließen, daß das allgemeine Wahlrecht nicht als Ersatz für die sozialistische Revolution dienen kann.

Ulrich Huar

Entschuldigung!!! ...

Linke Politiker (?) entschuldigen sich wegen des 17. Juni. Sie entschuldigen sich wegen des 21. August, wegen der Mauer, wegen des Ministeriums für Staatssicherheit, wegen der Politik der SED, wegen der Sicherheitsmaßnahmen an der Grenze zum Imperialismus, wegen der Verteidigung des Sozialismus in der CSSR. Lothar Bisky entschuldigt sich in einer Hamburger Zeitung, die PDS habe die DDR immer differenziert betrachtet, aber es müsse doch deutlich gesagt werden: „Die DDR war kein Rechtsstaat“.

Entschuldigung? Aber da muß doch deutlich gefragt werden, bei wem man sich so vielfältig entschuldigt. Entschuldigung wird von denen erfleht, die man gemeinhin Imperialisten nennt. Todfeinde des Arbeiters, der Gewerkschaft, der Gleichberechtigung, der Armen Rechte, der Demokratie, des Volkes, des Friedens. Entschuldigung beim Klassenfeind.

Hat man je gehört, daß ein Krupp oder einer seiner Hohenzollern sich für die Millionen Toten ihres ersten Weltkriegs entschuldigt hätten? Oder ein Großaktionär der Deutschen Bank oder des IG-Farben-Konzerns oder ein Junker für ihren Hitler oder ihren Weltkrieg Nr. 2? Sogar jene, die man in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher auf die Anklagebank setzte, beteuerten ihre Unschuld.

Aber das hat doch heute wieder ein Großdeutschland, führt in Europa wieder das große Wort und pokert in der Welt wieder um ein Mitspracherecht. Das versucht, seine Verbrechen vergessen zu machen, seine blutigen Spuren zu tilgen und die Geschichte umzuschreiben: Schwarz-weiß-rot in weiß, Braun in blütenrein und Bonner Schwarz-rot-gold: Feiner geht's nicht, sauberer als sauber, Ariel ist nichts dagegen.

Die um Entschuldigung bitten?? Wofür? Dafür, daß zwischen Gelbem Meer und Elbe und gar in der Karibik der Sozialismus gegen sie angetreten ist? Daß gewagt wurde, ihrer Menschenfeindlichkeit soziale Gerechtigkeit entgegenzusetzen? Daß der staatsgewordene Sozialismus seine Staaten, seine Grenzen durch Armeen, durch Grenztruppen, durch Ministerien für Staatssicherheit schützte? Daß er den Frieden verteidigte? Daß seine Politiker zum ersten Mal in der Geschichte Friedenspolitik betrieben?

Wer entschuldigt sich für Genscher in Bosnien und Kroatien, wer für Kinkel im jugoslawischen Kosovo, für Bundeswehrsoldaten in Somalia? Für die rechtsextremen Tendenzen in der Bundeswehrmacht? Für die revanchistischen Landsmannschaften, für die arroganten Bonner Forderungen nach einer Entschuldigung in Belgrad oder Prag - d. h. für Kohl, Rühle, Kinkel?

*

Und Entschuldigung bei Schröder, Scharping, Lafontaine? Hat man je aus sozialdemokratischem Mund eine Entschuldigung vernommen für die Kriegskredite 1914? Für den Kriegsverlängerer und Hohenzollern-Fan Ebert, der des Kaisers Heer zur Niederschlagung der deutschen Novemberrevolution nach Berlin rief? (persönlich per Telefon im Kaiserlichen Generalstab in Spa)? Oder für den „Bluthund“ Noske? Für die Mitschuld an der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts? Für die Erstickung der revolutionären Regierungen in München, Sachsen und an der Ruhr?

Und dann - nach gemeinsamem Leiden und Sterben - Kurt Schumachers „Kommunisten sind rotlackierte Nazis“! Wer wollte die Rechten an Antikommunismus übertreffen? Wer entschuldigt sich für die Miturheberschaft an Notstandsgesetzen und für die aktive Teilhabe an deren Durchsetzung mittels Verboten, Verfolgung durch Verfassungsschutz, Polizei und Justiz, für die Führung des Kalten Krieges gegen die sozialistische DDR?

*

Entschuldigungen wären auch am Platz, wenn in der Bonner Republik im Sommer 1998 über 210.000 Jugendliche ohne Ausbildungsplätze sind, über 200.000 Bundesbürger ohne Obdach, wenn Ostdeutschland zunehmend ein Armutsgebiet wird, ausgeplündert von Treuhand, westdeutschen Monopolen und Immobilien-Haien. Welches Maß an Unschuldgefühlen leistet sich eine Gesellschaft, wenn 23 deutsche Milliarden über ein Vermögen von rund 116 Milliarden DM verfügen, aber mehr als 5 Millionen Menschen mit Sozialhilfe vegetieren?

Und das nennt sich Hüter der Menschlichkeit und „Rechtsstaat“? Das ist doch Kapitalismus pur, voll entfaltet, seit es die DDR nicht mehr gibt. Dort waren Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und

Der letzte Fußballspieler, dem ich zugejubelt habe, hieß Sparwasser.
Ich entschuldige mich dafür beim DFB, beim deutschen Volk und bei Lothar Bisky.

Hermann Kant

Aussichtslosigkeit von Fünfzigjährigen und Jugendlichen Fremdworte. Dort herrschten Chancengleichheit und Recht. Und was Verstöße dagegen betrifft, haben wir uns nicht bei solchen dafür zu entschuldigen, die das Prinzip des „Rechtsstaates“ des Zweiten und Dritten Reiches praktiziert haben und die das eklatante Unrecht bis zum heutigen Tag fortsetzen. Das machen wir unter uns aus.

Kapitalismus heißt heute „Marktwirtschaft“, Weltherrschaftstreben heißt „Globalisierung“ und Klassenkampf - nein, heißt noch nicht „Volksgemeinschaft“, aber „Pluralismus“ oder „Gleichberechtigung aller Einkommensformen“. Demokratie ist die immer weniger getarnte Diktatur des Monopolkapitals. Deshalb ist sozialistische Demokratie gefordert, nicht irgendeine Machtteilung mit der Bourgeoisie. Das meine ich mit dem Bekenntnis: Ich bin kein demokratischer Sozialist, sondern ein sozialistischer Demokrat. Der Kapitalismus teilt nicht - weder Macht noch Profit (der heute „Rendite“ heißt) - . Er verzichtet auf nichts. Er will nur immer mehr. Da hilft kein Arzt an seinem Krankenbett, kein Betteln und keine Entschuldigung. Da hilft nur Klassenkampf (deshalb soll es den ja auch nicht mehr geben).

Ein Weizsäcker hält den Stock („Distanzier euch von der DDR!“). Und die Bisky und Gysi springen. Wer entschuldigt sich dafür, daß die PDS - im Besitz eines passablen Programms - nach den Wahlen „ein neues Programm“ erhalten soll? Wer hat so etwas beschlossen? Müßte das nicht ein Parteitag tun? Welches Programm soll man denn im September wählen, wenn nach den Wahlen ein neues kommen soll?

„Die DDR war kein Rechtsstaat“? Die BRD war und ist jedenfalls keiner. Genosse Bisky sollte es lieber mit dem großen Maler Walter Womacka halten. Der antwortete auf die Frage, was denn an diesem Jahrhundert liebenswert sei: „Daß es die DDR gegeben hat!“

Karl-Eduard von Schnitzler

Lügen haben kurze Beine

Ein wichtiger Pfeiler des Lügengebäudes, das die Regierung Kohl gemeinsam mit den Unternehmensverbänden aufgebaut hat, ist die Debatte um den Standort Deutschland, der wegen angeblich zu hoher Löhne und Sozialleistungen in Gefahr sei. Deutschland habe deshalb seine internationale Wettbewerbsfähigkeit verloren, heißt es.

Die Wahrheit aber lernen wir nicht von Mythen, sondern von Fakten. Zu den Tatsachen gehört, daß Deutschland Vizeweltmeister im Export ist. Letztes Jahr stellte es abermals einen neuen Exportrekord auf. Da kann es doch um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht so schlecht bestellt sein.

Zu dem Lügengebäude gehört auch die Behauptung, in Deutschland seien die Steuern auf Gewinne im internationalen Vergleich zu hoch, was die Leistung der Wirtschaft lähme und zu Abwanderungen führe. Wieder falsch.

Tatsache ist, daß die hohen Gewinnsteuersätze nur noch auf dem Papier bestehen. Untersuchungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts haben ergeben, daß die durchschnittliche Steuerbelastung, die in Deutschland auf ausgewiesenen Gewinnen ruht, heute weniger als 10 % beträgt - im weltweiten Vergleich eine sehr günstige Position für das Kapital. Und ausgewiesene Gewinne bestehen ohnehin nur aus dem Teil der Gewinne, der nicht mehr in den Bilanzen versteckt, in Steueroasen verschoben oder durch andere legale Schlupflöcher gekürzt werden kann.

Ein Forschungsprojekt an der Uni Frankfurt/Main über persönliche Einkommen erbrachte, daß seit 1983 - besonders aber seit 1993 - die steuerliche Begünstigung hoher und höherer Einkommen zugenommen hat. Eine kürzlich vorgelegte Untersuchung des Landesrechnungshofes Baden-Württemberg weist nach, daß auf Jahreseinkommen zwischen 250.000 und 300.000 DM durchschnittlich nur noch 13% Steuern bezahlt wurden. Einkommensmillionäre entrichteten in 15 von 100 Fällen überhaupt keine Abgaben. Aber Finanzminister Waigel klagt, daß die Kassen leer sind. Warum?

1980 lag die durchschnittliche Steuerlast auf ausgewiesenen Unternehmensgewinnen noch bei 20 % (also doppelt so hoch wie heute). Würden nur die alten Verhältnisse noch herrschen und wäre die Kohl-Regierung nicht zu so vielen Steuergeschenken an die Unternehmer bereit gewesen, dann stünden jährlich 80 Mrd. DM zusätzlich an Steuereinnahmen zur Verfügung.

Das Finanzministerium Nordrhein-Westfalens schätzt, daß durch Hinterziehung und Steuerflucht jährlich 150 Mrd. DM verloren gehen.

In seinem jüngsten Bericht klagt der Bund der Steuerzahler, daß im Jahr 70 Mrd. DM

durch unsinnige oder überbeuerte Projekte und durch die Prunksucht der „Staatsdiener“ verschwendet werden. Nicht dazu gezählt sind die enormen Rüstungsausgaben der Bundeswehr (für die kommenden Jahre wurden 150 Mrd. DM verplant), die es der Bonner Regierung ermöglichen sollen, in Zukunft die „vitalen Interessen Deutschlands“, z.B. im Kampf um Rohstoffquellen und Absatzmärkte, weltweit militärisch zu sichern. Aber wessen Interessen sollen da „verteidigt“ werden?! Steuerpolitik ist Klassenpolitik. Und immer unverhohlener vertritt die Kohl-Regierung die Interessen der kapitalistischen Klasse, wozu auch das „Jahrhundertwerk“ der Großen Steuerreform gehörte, die zum Glück mißlang.

Noch nie war die deutsche Volkswirtschaft so reich wie heute. Doch zugleich wächst die Kluft zwischen Arm und Reich dramatisch. Allein zwischen 1991 und 1996 ist das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung laut Statistischem Bundesamt um 4.000 DM gestiegen. Zumindest etwas davon müßte doch bei den Lohnempfängern angekommen sein, die diesen zusätzlichen Reichtum geschaffen haben. Doch das Gegenteil ist der Fall:

Im gleichen Zeitraum sind die Reallöhne und Sozialleistungen gesunken. Wo ist das Geld geblieben?! Um das herauszufinden, muß man nur den Wirtschaftsteil einer x-beliebigen bürgerlichen Zeitung aufschlagen. Dort kann man täglich neue Nachrichten über Rekordgewinne und Höhenflüge an der Börse lesen. Und wer dieses Mißverhältnis beklagt, wird als Sozialneider hingestellt.

Folgt man den deutschen Meinungsmachern, dann ist der Klassenkampf spätestens mit dem Untergang der DDR gestorben. Und in der Tat schienen die Lohnabhängigen mit ihrer Lage entweder zufrieden zu sein oder vermittelten den Eindruck, sich in ihr Schicksal ergeben zu haben.

Aber man kann nicht alle Leute immer betrügen. Und egal in welcher Verkleidung er daher kommt; früher oder später wird der Klassenkampf erkannt. Trotz der massiven Beeinflussung und der besonders in jüngster Zeit verstärkten demagogischen Hetze der Kohl-Regierung gegen Links belegt eine kürzlich veröffentlichte repräsentative Umfrage, daß es im Westen mittlerweile wieder 44% für richtig halten, in der heutigen Situation vom Klassenkampf zu sprechen, während im Osten gar 56 % diesen Begriff als zutreffend betrachten.

Kohl muß weg! Aber ein Regierungswechsel allein genügt nicht. Ein Politikwechsel muß her! Der aber wird nicht erreicht, wenn sich die neue Regierung freiwillig der wahren Macht im Lande, dem Großkapital, unterwirft. Dafür müssen deutliche linke Signale gesetzt werden; nicht nur bei der nächsten Wahl. **Rainer Rupp**

Volkvertreter und Volkszertreter

Ein Normalverdiener muß sein Leben lang arbeiten - wenn er könnte und immer Arbeit hätte - , um seine Altersversorgung zu sichern. Bei Berufspolitikern und Spitzenbeamten ist das anders. Jedes ihrer „Amtsjahre“ verschafft ihnen einen beachtlichen Rentenzuwachs, zumal sie ihre Einkommen und Renten aus verschiedenen Posten in Gemeinde, Land und Bund geradezu sammeln. Da sitzen sie in Parlamenten und auf Regierungsbänken herum und stopfen sich die Taschen voll, während sie zur gleichen Zeit darüber räsonieren, was ein Arbeitsloser oder ein Sozialhilfeempfänger zu bekommen hat.

Drei Beispiele aus dem Handbuch für wütende Wähler („Diener vieler Herren“ von dem Juristen und Volkswirt Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim/ Knauer-Verlagsanstalt, München 1998) veranschaulichen, wie lukrativ es ist, in der BRD zu den obersten Sesselwärmern zu gehören.

* Walter Hirche, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium (57) ist FDP-Chef von Niedersachsen, war dort vier Jahre Landesminister und 12 Jahre Landtagsabgeordneter. Von 1990 bis 1994 diente er als Besatzungs-Wirtschaftsminister in Brandenburg. Monatliches Bruttoeinkommen: 32.710 DM. Übergangsgeld (!?) nach dem Ausscheiden aus dem Amt: 377.688 DM. Monatlicher Pensionsanspruch aus dem Amt als Parlamentarischer Staatssekretär (ab 55): rund 5.100 DM.

* Irmgard Karwatzki (CDU) war sechseinhalb Jahre Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit und ist seit 1994 in gleicher Funktion im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Seit 21 Jahren Bundestagsabgeordnete. Brutto-Monatseinkommen: 32.710 DM. Übergangsgeld bei Ausscheiden aus dem Amt: 377.688 DM. Eintretender Pensionsanspruch: 7.700 DM. Pensionsanspruch aus dem Bundestagsmandat: Monatlich 8.719 DM.

* Ulrich Klinkert (42), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, früher Ost-CDU, 1990 Volkskammerabgeordneter, seit dem 3. Oktober 1990 Bundestagsabgeordneter. Brutto-Monatseinkommen: 32.710 DM. Übergangsgeld bei Ausscheiden aus dem Amt: 377.688 DM. Pensionsanspruch (ab 55): Monatlich über 5.100 DM. Pensionsanspruch aus dem Mandat (ab 65): über 4.000 DM.

Das sind die Leute, die Sie wählen sollen! „Volkvertreter“, die sich, um mit Friedrich Engels zu reden, alle vier Jahre ins Parlament begeben, um dort andere zu zertreten. **Kurt Andriä**

Wider den Revisionismus

Zu diesem Thema hatte die DKP-Gruppe Nordost den namhaften Historiker Dr. Kurt Gossweiler eingeladen, um mit ihm über sein gleichnamiges Buch zu diskutieren. Das Interesse war groß. Wir erlebten eine der bestbesuchten öffentlichen Mitgliederversammlungen



Foto: Otto Hämmerle Dr. Kurt Gossweiler

In seinen einleitenden Darlegungen bezog sich Genosse Gossweiler auf Friedrich Engels, der nach der Niederlage der 48er Revolution festgestellt hatte, daß den Revolutionären nichts weiter übrig bleibe, als von vorne anzufangen und die Ruhepause für ein notwendiges Stück Arbeit zu nutzen: Die Suche nach den Ursachen des Desasters.

Den entscheidenden Grund für den Sieg der Konterrevolution, der dem Sozialismus in Europa ein Ende setzte, sieht Kurt Gossweiler in der sukzessiven Ausbreitung revisionistischer Auffassungen in der KPdSU und anderen Parteien nach dem XX Parteitag der sowjetischen Kommunisten. Dieser habe weltweit negative Auswirkungen gehabt.

Der Redner des Abends verwies auf die Warnung der Beratung der kommunistischen- und Arbeiterparteien von 1957, die den Revisionismus - eine Ausdrucksform der bürgerlichen Ideologie - als Hauptgefahr bezeichnet hatte. Er trage zur Lähmung der revolutionären Energie der Arbeiterklasse bei und fördere die Erhaltung oder Restauration des Kapitalismus. Der moderne Revisionismus sei bemüht, die Lehre des Marxismus-Leninismus in Verruf zu bringen. Er erkläre sie für veraltet und behaupte, sie habe ihre Bedeutung für die

gesellschaftliche Entwicklung verloren. Er wende sich gegen die historische Notwendigkeit der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Er leugne die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei und verzichte folgerichtig auf die grundlegenden Leninschen Lehren über den Parteaufbau, insbesondere den demokratischen Zentralismus.

Kurt Gossweiler wies nach, daß in der auf den XX. Parteitag der KPdSU folgenden Etappe eine systematische Revision der sowjetischen Innen-, -Außen- und Wirtschaftspolitik erfolgt sei, die letzten Endes mit „Neuem Denken“ und „Perestroika“ in der Zerstörung der Sowjetunion und des europäischen Sozialismus gegipfelt habe.

Wesentliche Stationen auf diesem Wege seien gewesen:

- * die Proklamierung des Sowjetstaates als Staat des ganzen Volkes und der Kommunistischen Partei als Partei des ganzen Volkes

- * das Abgehen von wissenschaftlicher Wirtschaftsplanung zugunsten abenteuerlicher Zielsetzungen (1961 verkündete Chruschtschow: In 10 Jahren seien die USA eingeholt und in 20 Jahren der Kommunismus errichtet). Gleichzeitig: Aufgabe des Vorrangs der Abteilung I (Produktionsmittel-Herstellung) zugunsten der Abteilung II (Konsumtionsgüter)

* Die Preisgabe der Marxschen Lehre über den Weg zum Sozialismus und die Einnahme der sozialdemokratischen Positionen der generellen Möglichkeit der Machtgewinnung auf friedlich-parlamentarischem Wege.

- * Das Abgehen von der Erkenntnis, daß die neue Gesellschaftsordnung nur unter Führung einer Partei des wissenschaftlichen Sozialismus errichtet werden kann und das Einschwenken auf die Position eines „beliebigen Sozialismus“ auch unter bürgerlicher Führung (Nehrus „Indischer Sozialismus“)

- * Die Neubestimmung der friedlichen Koexistenz als gemeinsam mit dem Imperialismus zu verwirklichende Friedenssicherung bei gleichzeitiger Abschwächung des anti-imperialistischen Kampfes
- * Die verschärfte Auseinandersetzung innerhalb des sozialistischen Lagers vor allem mit China

Mit dem Verlassen der wissenschaftlichen Grundlagen solider Wirtschaftsplanung sei

Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt.

W. I. Lenin
Staat und Revolution

sozialökonomischer Fortschritt blockiert und damit auch die Demokratie- und Kulturentwicklung untergraben worden.

Sich der Gegenwart zuwendend, stellte Genosse Gossweiler fest, daß von der PDS-Führung nur noch verurteilend und auf Distanz gehend von der DDR gesprochen werde. Auch in der DKP akzeptierten leider nicht alle die Tatsache, daß die DDR die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse gewesen sei.

Die Diskussion in einem Kreis von Kommunisten, Sozialisten und anderen Linken, die diese Zeit mehrheitlich selbst erlebt hatten und zum Teil Gossweilers Buch kannten, erbrachte überwiegende Zustimmung, da die eigenen Lebens- und Kampferfahrungen mit den Erkenntnissen des Autors weitgehend übereinstimmten. An Äußerungen Gorbatschows und Schewardnadses wurden deren revisionistische Positionen eindeutig nachgewiesen. Zugleich warnten Diskussionsredner vor Vereinfachung und Verkürzung vielschichtiger Prozesse. Nicht alles lasse sich mit Revisionismus erklären.

In der zweistündigen Diskussion wurde herausgearbeitet, daß es in SED und DDR auch „hausgemachten“ Revisionismus gegeben habe. Als Beispiel dafür wurde das Papier von SED und SPD über den „Streit der Ideologien“ angeführt, mit dem die Friedensfähigkeit des Imperialismus und die Reformierbarkeit des Kapitalismus nachgewiesen werden sollten.

Zu den vom 14. Parteitag der DKP als Arbeits- und Diskussionsmaterial verabschiedeten Sozialismus-Vorstellungen wurde betont, daß derjenige der Gefahr des Revisionismus unterliege, der sein Verhältnis zur historischen Errungenschaft DDR nicht eindeutig definiere.

Die PDS hat sich pauschal für die DDR entschuldigt. Für Kommunisten bleibt sie das Beste, was die deutsche Arbeiterbewegung bisher hervorgebracht hat. Die Anwesenden stimmten der Auffassung zu: Man muß sich zur DDR verhalten wie Marx zur Pariser Kommune.

Hartwig Strohschein

Unser Revier:

Reinickendorf



Mit der Vorstellung des siebenten Bezirks, der zu unserem Gruppenbereich gehört, schließen wir die Vorstellung „Unseres Reviers“ ab.

Reinickendorf, der im Norden gelegene Nachbarbezirk Pan-

kows, entstand 1920 aus den Gemeinden Reinickendorf, Wittenau, Tegel, Heiligensee, Hermsdorf und Lübers als 20. Verwaltungsbezirk Berlins.

Aus dem 1230 von einem niedersächsischen Bauern namens „Reinhardt“ gegründeten Reinhardsdorf - plattdeutsch: Renekentorp - wurde später Reinickendorf. 1397 gehörte es nach Angaben des Stadtbuches zu Berlin, wurde jedoch 1632 an den Handelsherrn Peter Engel veräußert und 1710 von Berlin zurückgekauft.

Auf einer 1893 vom russischen Zaren initiierten Friedhofsanlage ist u.a. der 1908 verstorbene Komponist Nikolai Rimski-Korsakow beigesetzt worden.

Im 2. Weltkrieg wurden in Reinickendorf zahlreiche Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager eingerichtet. Die Insassen mußten in Betrieben der Rüstungsindustrie unter unmenschlichen Bedingungen schuften.

1943/44 erfolgte bei Rheinmetall-Borsig die Verhaftung von Mitgliedern der antifaschistischen Widerstandsgruppe Mannhart. Sie wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Nach Kriegsende bildete der Bezirk Reinickendorf zusammen mit Wedding den französischen Sektor Berlins.

Heute sind in mehr als 2.700 Betrieben (verarbeitendes Gewerbe, Bauunternehmen, Handwerk u.a.) 105.400 Werktätige beschäftigt.

Der Stadtbezirk zählt gegenwärtig 254.210 Einwohner, darunter 25.672 (10,1 Prozent) ausländische Mitbürger.

16.730 Personen (14,9 Prozent der Erwerbstätigen) sind arbeitslos gemeldet. Bei den BVV-Wahlen 1995 (Wahlbeteiligung: 72,7 Prozent) erhielt die CDU die meisten Stimmen (47,3 Prozent). Auf die SPD entfielen 31,4 Prozent und auf Bündnis 90/Die Grünen 9,1 Prozent.

In der BVV verteilen sich die Mandate wie folgt: 24 CDU, 16 SPD und 5 Bündnis 90/Die Grünen.

Bürgermeisterin ist Marlies Wanjura (CDU).

Sigmar Ebbach

Kameradschaftliches Gespräch DKP Nordost - PDS Hellersdorf

Rechts schlagen - Links stärken

Am 5. August 1998 trafen verantwortliche Genossen der PDS Hellersdorf mit Vertretern der DKP-Gruppe Berlin Nordost zu einem kameradschaftlichen und freimütigen Gedankenaustausch zusammen. Nachdem zuvor bereits in Weißensee und Marzahn ähnliche Begegnungen auf Anregung der DKP stattgefunden hatten, war Hellersdorf nun der dritte ostberliner Stadtbezirk, in dem die Verbindungen zur mittleren Ebene der PDS vertieft und Fragen gemeinsamen Interesses zum Gegenstand der Beratung gemacht werden konnten. Dabei blieb naturgemäß nicht ausgespart, daß beide Parteien, die gemeinsam gegen rechts stehen und im tagespolitischen Kampf häufig übereinstimmen, einen unterschiedlichen strategischen und ideologischen Ansatz haben. Doch das stand bei der Begegnung nicht im Vordergrund. Sie fand in einer aufgeschlossenen und freundlichen Atmosphäre statt. An ihr nahmen seitens der PDS der Vorsitzende des Bezirksvorstandes, Genosse Frank Beiersdorff, und der stellvertretende Bezirksvorsitzende Genosse Dr. Wolfgang Girus (MdA) teil. Die DKP Nordost vertraten der Gruppenvorsitzende, Genosse Dr. Klaus Steiniger (Mitglied der Fraktion der PDS in der BVV Hellersdorf), der stellvertretende Vorsitzende, Genosse Dr. Hartwig Strohschein (Mitglied des BV der DKP Berlin), das Vorstandsmitglied Genossin Marianne Ahrens und Genosse Kurt Andrä, Vertreter der DKP im Arbeitsausschuß des Solidaritätskomitees für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland. Die DKP Nordost stellte sich in dem Gespräch als zwar noch kleine, aber in den sieben Stadtbezirken ihres Reviers aktive und an Einfluß gewinnende politische Kraft vor.

Als Bezieher und Leser des „RotFuchs“ waren die am Gespräch beteiligten PDS-Genossen über Aktivitäten der Gruppe, die als Teil einer marxistischen Weltanschauungspartei wirkt und in den DDR-Biographien der meisten ihrer Mitglieder

verwurzt ist, informiert.

Ein wichtiges Thema des Gedankenaustausches - wie konnte es anders sein - bildeten der Wahlkampf der PDS um den Wiedereinzug in den Bundestag und die dazu getroffene Aussage der DKP, sich für eine starke linke Opposition im Parlament der BRD einzusetzen. Den PDS-Genossen, die den Beschluß des 14. Parteitages der DKP begrüßten, zur Abgabe der Zweitstimme für die PDS aufzurufen, wurde diese Entscheidung erläutert. Alle Gesprächspartner unterstrichen die gemeinsame Grundorientierung „Rechts schlagen - Links stärken“ als wichtigen Kompaß für die bevorstehende Wählerentscheidung. Die PDS-Genossen betonten, daß ihre Partei am 27. September auch auf jede Erststimme angewiesen sei. Die Vertreter der DKP machten darauf aufmerksam, daß die in Berlin Nordost aufgestellten Bewerber der PDS aufgrund ihrer Positionen in einer Reihe von Fragen keine Wunschkandidaten der DKP seien, machten jedoch deutlich, daß das Votum der Kommunisten nicht durch Emotionen, sondern durch politische Rationalität bestimmt sein werde.

Die Teilnehmer der Begegnung einigten sich auf gemeinsames Vorgehen gegen neonazistische und rechtsradikale Gruppen. Sektiererische Fehler aus vergangener Zeit dürften sich in den 90er Jahren nicht wiederholen. Deshalb wird sich die DKP - gemeinsam mit Antifaschisten verschiedener Richtungen und Parteien - ebenso wie die PDS am Hellersdorfer Runden Tisch gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit beteiligen.

Die Mitwirkung der DKP mit eigenen Info-Ständen an geeigneten öffentlichen Veranstaltungen der PDS Hellersdorf wurde zugesagt. Die Vertreter beider Parteien vereinbarten, Kontakt zu halten, sich von Zeit zu Zeit zu beraten und den Meinungsaustausch zu aktuellen und inhaltlichen Fragen linker Politik fortzusetzen.

Kurt Andrä

Lest und verbreitet die UZ, die Wochenzeitung der DKP

Sie

- * berichtet über Leben und Aktivitäten der Partei
- * erweitert unser Wissen zu Kämpfen und Aktionen der Gewerkschaftsbewegung
- * wirbt für gemeinsames Handeln linker Kräfte
- * vermittelt Hintergrundwissen über die alten Bundesländer
- * informiert über die Bonner Kolonialpolitik im Anschlußgebiet Ost

Zu bestellen bei Compress-Verlag, Hoffnungsstraße 18, 45127 Essen und bei jedem DKP-Mitglied.

RA Prof. Dr. Erich Buchholz exklusiv für „RotFuchs“

Zur Rechtslage in Verfahren gegen DDR-Bürger

Das Interview, das der Bundesvorsitzende der PDS Lothar Bisky dem ND zur Frage eines „Schlußgesetzes zur DDR-Hinterlassenschaft“ gab und in dem er äußerte „Der Einigungsvertrag hat gesagt, wer gegen Gesetze der DDR strafbar geworden ist, kann belangt werden. Das ist in Ordnung“ (s. Ausgabe vom 11./12. Juli 98), ist mir Veranlassung, als Kenner des DDR-Rechts, insbesondere des DDR-Strafrechts (ich war jahrzehntelang Strafrechtslehrer an der Humboldt-Universität zu Berlin) und in Kenntnis zahlreicher Entscheidungen bundesdeutscher Gerichte in Verfahren gegen ehemalige Hoheitsträger der DDR (durch Strafverteidigung) zu erklären: Würden sich die bundesdeutschen Gerichte an die Regelung im Einigungsvertrag, nämlich Art. 315 EGStGB, halten und gehalten haben, bedürfte es keines Schlußgesetzes.

Denn nach dieser Vorschrift wurden - da es seit dem 3. Oktober 1990 keine DDR-Justizbehörden mehr gibt - die bundesdeutschen Justizbehörden durch einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen beiden deutschen Staaten dazu legitimiert, anstelle von DDR-Gerichten über Handlungen zu befinden, die vor dem 3. 10. 90 in der DDR begangen und nach dem DDR-Strafrecht strafbar waren (sofern sie auch nach bundesdeutschem Strafrecht strafbar sind).

Diese Regelung ist juristisch nicht zu beanstanden. Sie beinhaltet, daß die Bundesrepublik Deutschland kraft völkerrechtlichen Vertrages insoweit in Rechtspositionen der DDR eintrat und ihre

Justizbehörden in Bezug auf solche „DDR-Altfälle“ nach den allgemein anerkannten strafrechtlichen Grundsätzen (wie sie auch im Artikel 103 Abs. 2 des Grundgesetzes verankert sind) an das DDR-Recht als Recht des Tatortes und der Tatzeit gebunden sind.

Sie bewirkt zu recht, daß sowohl allgemein kriminelle Handlungen nicht straflos bleiben, sondern nunmehr durch bundesdeutsche Justizbehörden verfolgt werden, als auch, daß tatsächlich strafbare Einzelhandlungen (Exzesse) von DDR-Hoheitsträgern verfolgt werden können.

Diese Regelung verlangt von den bundesdeutschen Justizbehörden, sich mit dem Recht der DDR in seiner Gesamtheit (das die Staatsanwälte und Richter der BRD nicht studiert haben) hinreichend bekannt zu machen und zu beachten, daß DDR-Hoheitsträger, wie alle Bürger der DDR, der Verfassung und der Rechtsordnung der DDR samt den ihnen zugrunde liegenden Wertmaßstäben unterworfen waren und nicht dem Grundgesetz und dessen Wertvorstellungen.

Die bundesdeutschen Strafverfolgungsorgane, vor allem die besonders geschaffenen Behörden wie ZERV und die Staatsanwaltschaft II beim Landgericht handeln jedoch entgegen dieser legitimen und eindeutigen Rechtslage. Sie betreiben daher - übrigens schon infolge unzureichender Kenntnis des DDR-Rechts und der Lebensverhältnisse in der DDR - Fremdjustiz und wirken (so auch in Gerichtssälen) für DDR-Bürger

als Fremde. Die überwiegende Mehrzahl der verurteilenden Urteile steht im Widerspruch zum DDR-Recht und damit zum Einigungsvertrag (bemerkenswerterweise zeichnen sich freisprechende Urteile und Gerichtsentscheidungen, mit denen eine Anklage nicht zugelassen wird, in juristischer Hinsicht als solide aus, während sich in verurteilenden Urteilen nicht wenige Rechtsfehler, auch Rechtsbrüche, finden).

Auch das Bundesverfassungsgericht entfernte sich in seinen diesbezüglichen Entscheidungen (1996: Keßler u. a.; mehrere Nichtannahmebeschlüsse der 2. Kammer des Zweiten Senats im Jahre 1998) von der geltenden Rechtslage, und es verletzte insbesondere das Rückwirkungsverbot.

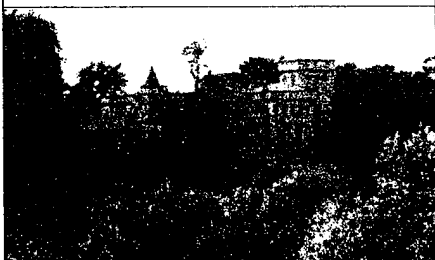
Mit seinem 1. Verjährungsgesetz von 1993, das eine rechtsstaatswidrige Wiedereröffnung bereits abgelaufener Verjährungsfristen kreierte, hat auch der Bundestag dem Rechtsstaat Bundesrepublik Schaden zugefügt, nachdem zuvor der Bundesgerichtshof entgegen dem eindeutigen Wortlaut des DDR-Gesetzes einen „quasi-gesetzlichen Ruhensgrund“ erfunden und so diese rechtsstaatswidrige Wiedereröffnung bereits eingetretener Verjährung in die Justizpraxis eingeführt hatte.

Würden die bundesdeutschen Gerichte tatsächlich nur nach DDR-Recht strafbare einzelne (Exzeß-)Handlungen von Hoheitsträgern der DDR verurteilen, hätte es niemals Anlaß zu einer Debatte über ein Schlußgesetz gegeben.

Quartier für Marxisten?

Schloß Marxhagen,
Dorfstr. 12, 17194 Marxhagen
(Kreis Waren/Müritzsee, Mecklenburg)
B 108 Richtung Teterow.

Das Schloß bietet preisgünstige
Übernachtungsmöglichkeiten.
Reservierung bei Marlis Kaltenbacher,
Tel/Fax:
039933/71072 oder 0302184835.



offensiv

Sozialistisches Monatsblatt der PDS Göttingen und Hannover

8/98

Spendenempfehlung: 2,-

Mai 1998

Voraussichtlich im September wird ein Sonderheft der Zeitschrift unter dem Titel „Kundschafter und Revolutionäre für den Frieden“ erscheinen. Darin soll über Motive, Ungleichbehandlung und soziale Abstrafung nach der Haft von Kundschaftern des Friedens berichtet werden. Man kann es schon jetzt für einen Solidaritätspreis von 5 DM bestellen. Der Reinerlös wird der Initiative „Kundschafter des Friedens fordern Recht“ zur Verfügung gestellt.

Kontaktanschrift: Monika Windhorn, Schaufelder Str. 18, 30167 Hannover

Übt Solidarität!

**Wir bekunden unsere
Verbundenheit mit**

Gerda Klabuhn
JASF Bereich Reinickendorf
Ollenhauerstr. 128
13403 Berlin

Heinz Keßler
JVA Niederneuendorfer Allee 140-150
13587 Berlin

Klaus Dieter Baumgarten
JVA Düppel, Straße 518 Nr. 2
14163 Berlin

Karl Leonhardt
JVA Niederneuendorfer Allee 140-150
13587 Berlin

Gerhard Lorenz
JVA Niederneuendorfer Allee 140-150
13587 Berlin

Rainer Rupp
JVA Lerchesflurweg 37
66119 Saarbrücken

Ein neues Buch des Amerika-Experten

Klaus Steiniger

**erscheint Ende August
bei Elefanten-Press**

TOPS UND FLOPS

**Der spannende USA-
Geheimdienstreport schließt
eine Lücke.**

**Mit einem packenden Vorwort
unseres Kundschafters
Rainer Rupp (Topas).**

256 Seiten, 34,90 DM,
ISBN 3 - 88520 - 720 - 6

**Gegenwart und Zukunft
würden weselos, wenn die
Spur des Vergangenen aus
unserem Bewußtsein gelöscht
wäre.**

Klaus Mann

Verständliches und Unverständliches

Kronzeuge?

Zwei frühere Militärjuristen der DDR, den Richter am Militärstrafsenat des Obersten Gerichts Karl-Heinz Knoche und den Militärstaatsanwalt Heinz Kadgien, verurteilte die bundesdeutsche Klassenjustiz, einmal mehr vertreten durch das Landgericht Berlin, Anfang Juli zu jeweils vierjährigen Freiheitsstrafen. Die beiden Juristen hatten 1979 und 1981 gegen zwei des Hochverrats überführte ehemalige MfS-Offiziere der Hauptverwaltung Aufklärung Todesurteile gefällt, die auch vollstreckt wurden. Die beiden Verräter waren während der Vorbereitung ihrer Fahnenflucht in die BRD, für die sie bereits geheime Dokumente der DDR-Auslandsaufklärung, darunter über in Westdeutschland tätige Kundschafter, entwendet hatten, gestellt worden. Die BRD-Justiz maßt sich in diesen wie in zahllosen anderen Fällen an, über Staatsanwälte und Richter der DDR zu befinden, die auf der Grundlage der Gesetze ihres sozialistischen Staates gehandelt haben. Ihre Anträge und Urteile gegen überführte Straftäter werden als „Exzesse“, „Totschlag“ und „Rechtsbeugung“ diffamiert.

Ich beschränke mich hier auf kurze Bemerkungen zu zwei Aspekten des Urteils gegen Knoche und Kadgien. Da ist zunächst die Tatsache, daß sich das Berliner Landgericht auf eine „Aussage“ des früheren HVA-Chefs Markus Wolf beziehen konnte, die dieser in seinem international verbreiteten Memoiren-Buch (Deutsche Version: „Spionagechef im geheimen Krieg“, List Verlag, Düsseldorf-München, 1997) in Bezug auf Teske gemacht hat. Zunächst bestätigt Wolf, daß der 1981 verurteilte ehemalige Mann „seines Dienstes“ beabsichtigt hatte, in die Fußstapfen des Überläufers Stiller zu treten, der nach seiner geglückten Fahnenflucht in der BRD zahlreiche Kundschafter bedenkenlos preisgab. Schon hier bagatellisiert Wolf verbal Teskes Vorbereitungen zum Hochverrat und zur Desertion als „unglückselige Idee“ - eine Lesart, die sich das Berliner Gericht offensichtlich zu eigen machte. Es konnte sich dabei auf weitere in literarischer Form vorliegende „Ausagen“ stützen, mit denen der „Mann ohne Gesicht“ (so lautet der Titel der mit Hilfe einer britischen Journalistin verfaßten und im New Yorker Verlag Random House erschienenen amerikanischen Ausgabe) in den Vorstellungen zumindest des Staatsanwalts nachgerade zum „Kronzeugen der Anklage“ aufstieg. In seinem Buch bemühte sich Wolf, den „Geist der Wendezeit“ aufzugreifen und erklärte, das Todesurteil gegen Teske sei „juristisch nicht zu rechtfertigen“. Er halte es (heute) für „unverständlich“ und könne „auch nicht verstehen, warum es nicht qua Gnadenerlaß außer Kraft gesetzt, sondern

tatsächlich vollstreckt wurde“ (S. 315 f.). Interessierte „RotFuchs“-Leser darf ich auf meine Rezension zu Wolfs Buch verweisen, erschienen in „Marxistische Blätter“, Heft 1/1998 und Weißenseer Blätter, Heft 2/1998.

Der zweite Aspekt: Während die bundesdeutsche Klassenjustiz in ihrem fanatischen Haß gegen alles, was DDR war, mit allen Mitteln, die ihr heute zur Verfügung stehen, darunter auch juristischen, die gegen die eigenen Gesetzgebung verstoßen, vorgeht, hatte sie nie Skrupel, sich schützend vor die tausendfachen Mörder des Naziregimes zu stellen. Das jüngst bekannt gewordene Beispiel des SS-Henkers Saevecke ist im „RotFuchs“ Nr. 5/98 bereits erwähnt worden. Ein anderer Fall aus Italien ist der des faschistischen Massenmörders Kappler, der im März 1944 als Obersturmbannführer und SS-Kommandeur von Rom 335 Geiseln in den Ardeatinischen Höhlen erschießen ließ und dem Exekutionskommando durch eine Reihe eigenhändig begangener Morde ein „Beispiel“ gab. Kappler hätte wahrscheinlich wie sein Stellvertreter Priebke, der erst 1996 in Argentinien durch einen israelischen Journalisten aufgespürt wurde, mit Wissen der deutschen Botschaft im Ausland unbehelligt leben können, wenn ihn ein italienisches Gericht nicht schon 1947 zu lebenslanger Haft verurteilt hätte. Bereits zu Adenauers Zeiten forderten hochkarätige Bonner Politiker, darunter 232 Bundestagsmitglieder, die Freilassung Kapplers. Als das gegenüber Rom nicht fruchtete, organisierten rechtsradikale Kreise im Zusammenspiel mit Geheimdiensten und Diplomaten im Sommer 1977 Kapplers Flucht in die BRD, wo der Kriegsverbrecher frenetisch gefeiert und bejubelt wurde. Bundesdeutsche Behörden und die Justiz sahen diesem Treiben nicht nur tatenlos zu, sondern weigerten sich auch, der Forderung der römischen Behörden nachzukommen und den entflohenen Sträfling auszuliefern.

Zu eben diesen Kreisen wollte vier Jahre später besagter Treske fliehen, um seine dort im antifaschistischen Geist arbeitenden Genossen dieser Justiz auszuliefern. Er wurde zum Tode verurteilt. Daß bundesdeutsche Richter diejenigen, die das Urteil beantragten und fällten, heute verfolgen, entspricht durchaus der Logik des Klassenkampfes. Denn die Justiz des Klassegegners hat in ihrem Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung noch niemals Gnade gekannt. Wenn Markus Wolf, der an herausragender Stelle für den Schutz der DDR Verantwortung trug, die gegen Verräter gefällten Urteile heute „unverständlich“ findet, dann ist das unverständlich. **Gerhard Feldbauer**

Weg mit dem KPD-Verbot!

Ein schändliches Urteil

Am 17. August jährt sich zum 42. Mal der Tag des von der Adenauer-Regierung angestrebten und durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erlassenen Verbots der KPD. Schlagartig wurde damals das gesamte Eigentum der Partei - Gebäude, Zeitungen und Verlage - konfisziert. Es folgte die Annullierung der Landtagsmandate (die KPD war nur im 1. Deutschen Bundestag mit 15 Abgeordneten vertreten). In der Folgezeit wurden zehntausende Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder und Freunde der Partei eingeleitet, viele Kommunisten verhaftet und für Jahre ins Gefängnis geworfen. Das Ziel der juristisch verbrämten Terroraktion bestand darin, die Legalität der marxistisch-leninistischen Partei der BRD - der konsequentesten antifaschistischen und demokratischen Kraft im

Westen Deutschlands - zu zerschlagen und die Werktätigen ihrer Avantgarde im Kampf für nationale und soziale Interessen zu berauben.

Mit dem KPD-Verbot vom 17. August 1956, dem bereits entsprechende Schritte gegen die FDJ und die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vorausgegangen waren, stellte sich die Adenauer-Regierung bewußt in die Tradition Hitlers, zu dessen ersten Amtshandlungen im Winter 1933 das Verbot der KPD Ernst Thälmanns gehört hatte.

Nur einen Tag nach dem schändlichen Urteil von Karlsruhe versicherte der Parteivorstand der KPD unter Führung Max Reimanns: „Die KPD lebt und sie wird in der ersten Reihe der Arbeiterklasse und des Volkes stehen“. Die Partei geißelte das gegen sie ergangene Urteil als Vollstreckung des Willens der deutschen Konzernherren und Militaristen, die den Prozeß der Wiederbewaffnung Deutschlands im Bunde mit dem amerikanischen Imperialismus vorantrieben.

Die internationalen Auswirkungen des KPD-Verbots, das zu einer Zeit erfolgte, zu der in Frankreich, Italien und anderen Staaten Westeuropas einflußreiche kommunistische Parteien wirkten, waren enorm. Der von CDU, CSU und FDP ohne jeglichen Widerstand der SPD ergriffene Schritt machte die BRD zum einzigen europäischen Land neben den faschistischen Diktaturen in Spanien und Portugal und dem griechischen Obristenregime, in denen das legale

Wirken der KP verboten war und wo sich Kommunisten im Gefängnis befanden.

Die wirklichen Ursachen für das radikale Vorgehen der herrschenden Klasse der BRD, die bedenkenlos politische Grundrechte der bürgerlichen Demokratie über Bord warf, ergaben sich aus der zugespitzten Situation des Klassenkampfes. Damals forcierte die mit hohen Nazis vollgestopfte



Adenauer-Regierung gegen heftigen Widerstand großer Teile der Bevölkerung die Remilitarisierung, deren Ziel die Aufstellung der neuen imperialistischen deutschen Armee mit schließlich 31 faschistischen Generalen an der Spitze und deren Eingliederung in die NATO bildete. Die KPD, die in jener Zeit über erheblichen Einfluß in den wichtigsten Industriegewerkschaften verfügte und zehntausende Arbeiter in ihren Reihen zählte, organisierte landesweit den Widerstand gegen diesen gefährlichen Kurs. Siedrang auf die rückhaltlose Umsetzung der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens, forderte die Anerkennung bestehender Grenzen und trat für europäische Sicherheit ein.

Der besondere Haß der in Bonn Herrschenden richtete sich gegen die klare und kompromißlose Haltung der Partei gegenüber der DDR, die sie seit der Gründung des antifaschistisch-demokratischen und später sozialistischen deutschen Staates mit Solidarität und Sympathie begleitete. Das westdeutsche Kapital verzieh der KPD nicht, daß sie von Anfang an - den Traditionen der deutschen kommunistischen Bewegung folgend - eine eindeutige Option für die Arbeiterklasse und deren führende Rolle getroffen hatte. Sie verfolgte die KPD wegen ihrer unerschütterlichen Treue zu den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, der sich auch in ihrer Verbundenheit mit der Sowjetunion ausdrückte.

Das Verbot der KPD, mit dem die Legende

vom Rechtsstaat ad absurdum geführt wurde, zog in der Ara der gegen die Linke gerichteten Bonner Notstandsgesetze mehrere Verfolgungswellen nach sich. Ein Ziel der Repression bestand darin, Mitglieder und Sympathisanten der Partei aus den Gewerkschaften zu vertreiben und die KPD von ihren Massenverbindungen abzuschneiden. Drakonisch wurden Beziehungen zur DDR als Hoch- und Landesverrat verfolgt. Immer wieder behandelte man in die BRD eingereiste DDR-Bürger als Freiwild. All das führte zu einer tiefen Kluft zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit.

Zugleich wuchs der Widerstand. Es gelang nicht, die KPD zu vernichten, deren Genossen illegale und legale Kampfmethoden geschickt miteinander verbanden, vielfältige Möglichkeiten nutzten und auch auf kommunalpolitisches Wirken und parlamentarischen Kampf in neuen Bündnisformationen nicht verzichteten. Erwähnt werden müssen Protest und Solidarität im In- und Ausland. Auch mehrere sozialdemokratische Parteien wandten sich gegen das Verbot, während die SPD-Führung noch am 16. März 1964 durch den Mund Herbert Wehners erklären ließ: „Eine Neuzulassung der KPD in der Bundesrepublik kann von der SPD ... nicht befürwortet werden“.

Wenige Jahre später erzwangen demokratische Kräfte in der BRD eine öffentliche Diskussion über die Aufhebung des Verbots. Bonn und Karlsruhe weigerten sich. Man konnte indes nicht umhin, der Neukonstituierung der DKP im Jahre 1968 zuzustimmen. Von der ersten Stunde ihrer Existenz an forderte diese Partei konsequent die Aufhebung des KPD-Verbots. „Wie die Praxis beweist, ist das KPD-Verbot nach wie vor ein Instrument der herrschenden Kreise zur Einschüchterung und Unterdrückung nicht nur der Kommunisten, sondern aller demokratischen Kräfte“, erklärte der erste Parteivorsitzende, Kurt Bachmann, auf dem 1. Parteitag der DKP.

Diese Feststellung besitzt auch heute noch ihre Gültigkeit. Denn nach wie vor hängt das Verbot der KPD wie ein Damoklesschwert über allen, die in Deutschland für Frieden, Demokratie und Sozialismus kämpfen. Niemand sollte sich an die Illusion klammern, eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung werde hier Wandel schaffen. In dieser Frage besitzen wir düstere Erfahrungen mit Brandt und Schmidt. Auch Schröder wird sich ohne massiven Druck nicht bewegen.

Weg mit dem KPD-Verbot!

Harry Schmitt

Zum 25. Todestag Walter Ulbrichts

Format und Augenmaß

Die Tagung war beendet, aber Ulbricht konnte noch nicht weg. Eine Gruppe von Arbeitern umringte ihn, debattierte heftig, bis er schließlich sagte: „Also, ich lasse das prüfen, ja?“ Nun konnte ich zu ihm.

„Ich möchte den Hauptgedanken, den Sie gleich am Anfang Ihrer Rede brachten, im Wortlaut zitieren, das folgende mit den Erläuterungen referierend. Dann kommen Sie zu einem Thema, das ich weglassen würde, es scheint mir noch nicht für eine Veröffentlichung geeignet. Dann wieder referierend die weiteren Ausführungen und zum Schluß ein wörtliches Zitat über die Konsequenzen, die jetzt zu ziehen sind.“

Ulbricht hatte genau hingehört. „Gut. Machen Sie eine Reportage, ja?“ Er verstand den Begriff „Reportage“ im eigentlichen Sinne des Wortes, also als einen Bericht, im Gegensatz zum Abdruck des Wortlauts einer Rede.

Was ich dann für das ND schrieb, wurde von niemandem mehr kontrolliert. Ich erhielt keine „Anleitung“, war verantwortlich und hatte selbst zu entscheiden. Im Gegensatz zu späteren Zeiten, als der Befehl „Wortlaut“ galt.

Kürzlich erschien ein Buch von Monika Kaiser „Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker“. Darin ist die für heute sensationelle Feststellung enthalten, daß Ulbricht nicht der „stalinistische Dogmatiker“, sondern ein Reformist gewesen sei. Der Begriff Dogmatiker trafe eher auf Honecker zu. Damit hat sie im wesentlichen Recht, auch wenn mir „Reformer“ unzutreffend erscheint. Ulbricht vollzog keine „Reformen“ im Sinne von Korrekturen, Verbesserungen eines im Prinzip vollendeten „realen“ Sozialismus. Es ging ihm um die ständige Fortsetzung des revolutionären Prozesses einer im Entstehen begriffenen sozialistischen Gesellschaft.

Walter Ulbricht war der einzige unter den führenden Kommunisten seiner Zeit, der erkannte, daß die wissenschaftlich-technische Revolution - ein Begriff, der in der Sowjetunion nicht akzeptiert wurde, dort bevorzugte man den Terminus „wissenschaftlich-technischer Fortschritt“ - „daß also der qualitative Sprung der Entwicklung der Produktivkräfte Konsequenzen für die Gestaltung der sozialistischen Produktionsverhältnisse haben müsse

Schon Anfang der 60er Jahre galt in der DDR die Erkenntnis, daß der Sieg sozialistischer Produktionsverhältnisse nicht identisch sei mit dem Sieg des Sozialismus im Sinne seiner Vollendung. In einem Vortrag zum 100. Jahrestag des Erscheinens des „Kapitals“ erklärte Ulbricht 1967: „Was ist die wichtigste Schlußfolgerung, zu der wir in dieser Hinsicht gelangt sind? Sie besteht darin, daß der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapital-

ismus zum Kommunismus im Weltmaßstab.“ Eine Definition, die für die „Sozialismus-Vorstellungen“ unserer Partei sehr zu empfehlen ist, denn sie bewahrt z.B. vor der Illusion, man müsse „nicht erst in einer fernen kommunistischen Zukunft, sondern schon im Sozialismus damit ... beginnen, Staat zugunsten von Selbstorganisation und -verwaltung abzubauen.“

Ulbricht suchte auch nicht nach Wegen, wie schon im Sozialismus vermieden werden könne, Tauschwert an Stelle von Gebrauchswert zu setzen, d.h. das Wertgesetz zu eliminieren. Er erklärte, daß das Wertgesetz, Preis und Gewinn auch im Sozialismus objektiv existierten: „Deshalb besteht die Aufgabe der wissenschaftlichen Führungstätigkeit beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsformation nicht darin, diese Kategorien zu überwinden, sondern sie im Interesse der Werktätigen vollständig auszunutzen.“ Und das bedeutete vor allem, im Interesse der Arbeiterklasse ein ökonomische System, Anreize zu schaffen, um Kosten zu senken und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen! Dazu galt es die wissenschaftlich-technische Revolution zu fördern. Hierbei stützte sich Ulbricht weniger auf den Apparat des Zentralkomitees und mehr auf den Rat von Wissenschaftlern, mit denen er engen Kontakt pflegte. Er suchte Manfred von Ardenne in Dresden auf, beriet sich immer wieder mit Professoren wie Thießen, Steenbeck, Fuchs u.a. Diese zumeist parteilosen Wissenschaftler nahmen auch an Tagungen des ZK teil. Sie trugen dort keine zuvor im Politbüro „abgenickten“ Referate vor, sondern diskutierten, stritten, polemisierten mit Ministern, auch untereinander - so, wie eben damals ZK-Tagungen wirklichen Meinungsaustausch, ein Suchen nach Lösungswegen für neue Probleme, Widersprüche darstellten. Es war für mich als verantwortlichen Redakteur für Wirtschafts-, Partei- und Staatsfragen des ND gar nicht einfach, diese Reden, die ja nicht vom Blatt abgelesen wurden, in die Zeitung zu bringen. Ich mußte, wiederum ohne „Anleitung“, redigieren, manches klarer formulieren.

Ulbricht zog aus den Erfahrungen in der Sowjetunion, vor allem, nachdem Chruschtschow 1961 den Unsinn verkündet hatte, daß der Sozialismus in der UdSSR endgültig und vollständig gesiegt habe, worauf nun bis 1980 die materiell-technische Basis des Kommunismus errichtet werde, den Schluß, daß der Sozialismus sich nur in Etappen entwickeln könne. In seiner Rede zu Marx' „Kapital“ betonte er: „Die materielle Grundlage für die sozialistische Gesellschaftsordnung ist die sozialistische Ökonomie, die mit dem Übergang der wichtigsten Produktionsmittel in Volkseigentum eingeleitet wurde. Damit bestand das ökonomische System des Sozialismus aber noch nicht in fertiger Gestalt. Man kann hier eher von einem Embryonalzustand des ökonomischen Sy-



stems des Sozialismus oder noch besser vom Vorhandensein einzelner seiner Elemente sprechen.“ Den Begriff Embryonalzustand benutzte er nie wieder. Offensichtlich fand er nicht den Beifall der Führung der KPdSU.

Die Konsequenz aus dieser Einschätzung war, daß sich Ulbricht häufig zu den (nicht-antagonistischen) Widersprüchen äußerte, die, so lehrten die Erfahrungen, immer wieder zwischen den Teilsystemen der Volkswirtschaft und innerhalb dieser Systeme infolge der Entwicklungsdynamik auftreten und gelöst werden müssen. Bei Honecker gab es dann keine Widersprüche mehr. „In Ordnung bringen, was noch nicht in Ordnung ist“, lautete dessen Devise, die unterstellt, daß eigentlich keine Entwicklungsprozesse mehr stattfinden, sondern nur noch Unzulänglichkeiten repariert werden müssen.

Ulbrichts Erkenntnisse und seine Praxis stießen bei der Führung der KPdSU auf Unverständnis und Ablehnung, ebenso bei manchen Genossen der SED. So begann Ende der 60er Jahre seine allmähliche, schleichende Verdrängung. Zunächst schien alles mit der durch den VIII. Parteitag proklamierten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ schöner, gemütlicher zu werden. Aber es endete eben auch, was Jean Edward Smith von der Universität Toronto nach seinem Besuch der DDR 1967 über „das sich jetzt in Ostdeutschland vollziehende Wirtschaftswunder“ berichtet hatte: „Um jedem das Seine einzuräumen: Es war Walter Ulbricht, der das meiste getan hat, um die Einwände einiger seiner starren Parteifunktionäre auszuräumen und den Geist des Neuen Ökonomischen Systems zum Tragen zu bringen.“

Übrigens schrieb Erich Honecker letztlich in seinen Moabiter Notizen: „Zu spät wurden z.B. im gesamten sozialistischen Lager die Herausforderungen durchschaut, die uns aus der wissenschaftlich-technischen Revolution erwachsen. Die Vorschläge Walter Ulbrichts ... fanden keine Zustimmung in der UdSSR!“

Mehr dazu und zum Thema Wertgesetz (von Ulrich Huar) kann man in der nächsten Ausgabe der „Weißenseer Blätter“ erfahren.

Walter Florath

Reporterskizzen (4)

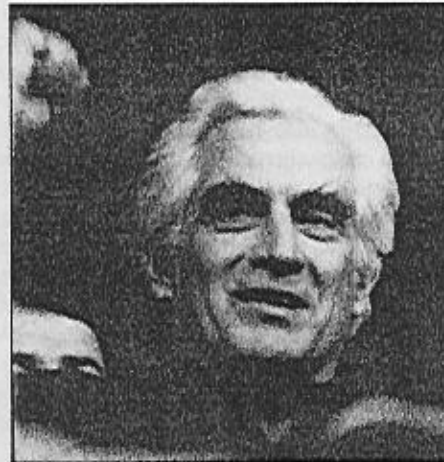
Der Posten hieß Pato

Am 25. April 1974 wurde Portugals faschistisches Regime durch einen Aufstand von Teilen der Armee und des Volkes gestürzt. Damit nahm die „Revolution der Nelken“ ihren Anfang. Obwohl im Zentrum der Erhebung die vorwiegend jüngere Offiziere vereinernde Bewegung der Streitkräfte (MFA) mit dem damaligen Oberst Vasco Gonçalves an der Spitze gestanden hatte, überließen die unerfahrenen Revolutionäre im Waffenrock das Feld zunächst einer aus hohen Militärs bestehenden Junta. Der rechtsgerichtete General António de Spínola wurde Provisorischer Staatsschef. Das Ansehen der portugiesischen Kommunisten, die 48 Jahre lang unter enormen Opfern gegen die Diktatur Salazars und Caetano gekämpft hatten, war jedoch so groß, daß selbst Spínola die PCP (Partido Comunista Português) bei der Kabinettsbildung nicht übergehen konnte. Sie erhielt zwei Sitze in der 1. Provisorischen Regierung. Einer der beiden kommunistischen Minister war der gerade erst aus dem Exil nach Lissabon zurückgekehrte PCP-Generalsekretär Alvaro Cunhal - ein Mann mit überragenden Fähigkeiten, der sich in den darauffolgenden Jahren nicht nur als glänzender Parteistrategie und begnadeter marxistisch-leninistischer Theoretiker, sondern auch als hervorragender Grafiker und Literat einen Namen machen sollte.

Wir ohne Visum angereisten und durch die jungen Militärs auf dem Flughafen Portela dennoch akzeptierten DDR-Journalisten - der damalige „Horizont“-Chefredakteur Ernst-Otto Schwabe (EOS) und ich als Sonderkorrespondent des ND - erlebten Alvaro Cunhal am 13. Mai 1974 auf seiner ersten Pressekonferenz. Der kleine Saal des Campolide-Sportklubs war abgedunkelt, das Haus von Sicherheitskräften der gerade die Illegalität verlassenden Partei umstellt.

In einer Pause gelang es uns, noch für den selben Abend ein Gespräch mit Cunhal zu vereinbaren, bei dem auch Fragen der solidarischen Hilfe der SED für die kampferprobte Bruderpartei erörtert werden sollten. Als wir uns zur festgelegten Stunde in den von einem Polizeiposten bewachten Räumen des ZK der PCP an der Avenida António Serpa - sie hatten noch Tage zuvor der SA-ähnlichen Portugiesischen Legion als Sturmlokal gedient - einfanden, ahnten wir nicht, daß uns noch eine kleine Odyssee bevorstehen sollte. Zunächst wurden wir irgendwo beim Flughafen durch die Stadt gekarrt und als wir schließlich ausstiegen, waren wir noch lange nicht am Ziel. Die uns begleitenden Genossen lieferten uns bei anderen Begleitpersonen ab. Nach einem neuerlichen Wechsel gelangten wir zu einem mehrstöckigen Mietshaus, aus dessen Schatten ein Mann mit markanten

Zügen hervortrat: ZK-Sekretär Octávio Pato, im Sommer 1976 dann offizieller Kandidat der PCP für die Präsidentschaft der Republik, war der letzte in der Postenkette und der einzige, der an jenem Abend den genauen Aufenthaltsort des Ministers und Generalsekretärs - eine Wohnung im dritten Stock des Gebäudes - kannte. Genosse Pato begleitete uns bis an die Tür. Nach



Alvaro Cunhal

dem vereinbarten Klingelzeichen öffnete uns Cunhal. Wichtiges wurde in den zwei Stunden besprochen, die wir im zeitweiligen Quartier des nach seiner Dienstzeit „abtauchenden“ Regierungsmitglieds verbrachten. Mit Bewunderung betrachteten wir „Camarada Alvaro“, der neun seiner dreizehn Zuchthausjahre in Isolationshaft hatte verbringen müssen. Im Januar 1961 war er mit zehn weiteren Führern der Partei unter dramatischen Umständen aus der mittelalterlichen Festung Peniche geflohen. In den Jahren der portugiesischen Revolution, die die Nationalisierung sämtlicher inländischen Banken und Konzerne vollzog und zu einer grandiosen Bodenreform im Landessüden führte, bin ich Alvaro Cunhal ungezählte Male auf den verschiedensten Schauplätzen, bei Meetings, auf Pressekonferenzen und im persönlichen Gespräch begegnet. Unvergesslich bleibt mir eine stundenlange Unterhaltung in der Küche einer anderen „sicheren Wohnung“, in die mich die Beschützer des Secretário Geral gebracht hatten. Sie fand Anfang August 1974 im Lissaboner Stadtteil Estrela statt. Ich hatte Sérgio Vilarigues, dem ZK-Sekretär für Internationale Verbindungen, eine Liste mit „neugierigen“ Journalistenfragen übermittelt. „Darauf kann Dir nur der Generalsekretär selbst antworten“, meinte er kurz. „Camarada Alvaro ist einverstanden“. An jenem Abend skizzierte Cunhal die Entwicklung des revolutionären Prozesses in Portugal. Im September sei mit einem Putschversuch der Rechten um Ge-

neral Spínola zu rechnen. Man habe sich darauf eingestellt und werde dem Spuk zu begegnen wissen. Als ich DDR-Botschafter Dr. Butzke über das Gespräch unterrichtete, meinte er nur, hier sei vielleicht „revolutionäre Romantik“ im Spiel. Doch Cunhal hatte die Lage nüchtern eingeschätzt. Als Spínola am 26. September tatsächlich putschte, wurde er gestürzt. Zum Provisorischen Präsidenten der Republik berief der nun formierte Revolutionsrat General Costa Gomes, der später Mitglied des Weltfriedensrates wurde.

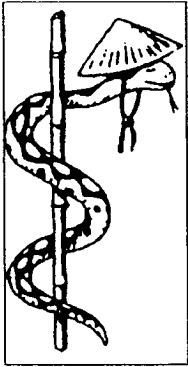
Bisweilen hat mir Cunhal auch Angst eingejagt. So im Dezember 1974. Damals hielt sich eine SED-Delegation in Portugal auf. In der Stadt Amadora sollte ein großes Solidaritätsmeeting mit Alvaro Cunhal und Hermann Axen als Hauptrednern stattfinden. Da der Beginn - wie in Portugal üblich für 21.30 Uhr (22.30 Berliner Zeit) angesetzt war, blieb mir gar nichts anderes übrig, als den Bericht vorzuschreiben. Axen stellte mir seinen Text zur Verfügung. Doch zur Rede Cunhals mußte ich mir etwas einfallen lassen, wollte ich den Redaktionsschluß nicht überschreiten. Mir war klar, daß er etwas zu den guten Parteibeziehungen SED-PCP sagen und dann auf die Situation im Lande eingehen würde. Sorgfältig studierte ich Cunhals Rede auf dem vorangegangenen Plenum des ZK der PCP. Ich war überzeugt, daß er sich daran halten würde. Entsprechend formulierte ich - indirekt - „seine“ Rede in Amadora. Meinen Bericht, der am nächsten Morgen im ND stehen würde, übermittelte ich pünktlich, wobei ich auf einen Sperrvermerk verzichtete. Dann machte ich mich ohne Gewissensbisse auf den Weg. Erst um 22 Uhr begann das Meeting. Cunhal war nicht zu sehen. Zunächst sprachen örtliche Redner. Axen folgte. Schließlich nahm Joaquim Gomes vom PCP-Sekretariat das Wort. Cunhal sei in einer kritischen Sitzung des Ministerrats und dort leider nicht abkömmlich, teilte er mit. Ich spürte die Blamage, die ich dem ND mit der „vorempfundener“ und nicht gehaltenen Cunhal-Redebereitete hatte. Mir war klar, daß ich als Reporter fortan untragbar sein würde. Doch um 24.30 Berliner Zeit geschah ein Wunder. Cunhal traf ein und nahm sofort das Wort. Seine improvisierte Rede deckte meinen Text hundertprozentig ab.

Am nächsten Tag wurde ich durch den gemeinsam mit Axen nach Lissabon gekommenen Chefredakteur Joachim Hermann dafür belobigt, daß ich die Amadora-Veranstaltung mit sämtlichen Reden „trotz des Zeitdrucks noch ins Blatt gebracht“ hätte. Er zog dabei nicht in Betracht, daß Cunhal erst nach unserem Redaktionsschluß ans Rednerpult getreten war.

Klaus Steiniger

Wir stellen vor:

Medizinische Hilfe für Viet-Nam e.V.



Die Medizinische Hilfe für Viet Nam - ein humanitärer Verein mit etwa 160 Mitgliedern und Förderern - unterstützt das Volk des südostasiatischen Landes mit Medizintechnik sowie mit orthopädischen Hilfsmitteln und Medikamenten für Krankenhäuser und sozialmedizinische Einrichtungen. Jährlich werden - in Absprache mit

den Verantwortlichen des Gesundheitsamtes einer Provinz, den Leitungen der ausgewählten Einrichtungen und den Patienten die am dringenden benötigten medizinischen Hilfsgüter bestimmt und durch den Verein aus Spenden und Verkaufserlösen erworben. Die Projekte, die Unterstützung erhalten, befinden sich im Hauptkrankenhaus, der Frauenklinik, der Kinderklinik, der Haut-, Lepra- und AIDS-Klinik, einem Verein der körperbehinderten Menschen, der Schule für blinde Kinder, der Schule für taubstumme Kinder und der Schule für geistig behinderte Kinder der jeweiligen Provinz. Bedacht werden auch Vereine für blinde Menschen, Waisenhäuser, Rehabilitationszentren für drogenabhängige Menschen und das Gesundheitsamt für TBC und Malaria.

Die Medizinische Hilfe für Viet Nam beteiligt sich an der Aus- und Weiterbildung von Fachpersonal in Viet Nam und in Deutschland. In Ausnahmefällen trägt der Verein auch die Kosten für eine Heilbehandlung schwer erkrankter oder behinderter Kinder in beiden Ländern.

Alle Mitglieder und Förderer der Medizinischen Hilfe für Viet Nam, zu deren Vorstand neben der Sozialpädagogin und Soziologin Ursula Nguyen auch der Diplom-Geograph Andreas Huth, der Arzt Erhard Hain, der Historiker Egbert Sartorius und der Chemiker Dr. Nguyen the Phiet gehören, arbeiten ehrenamtlich. Flüge in das sozialistische Viet Nam, dortige Aufenthaltskosten usw. werden von den Freunden des gemeinnützigen Vereins aus eigener Tasche bezahlt.

Zur Finanzierung der Arbeit dienen neben Spendensammlungen auch Verkaufsbasare, auf denen Kunsthandwerk aus Viet Nam - Lackarbeiten, Seidenmalereien, Korbwaren, Keramik, Spielzeug - und andere Artikel angeboten werden.

Einige Projekte des Vereins, der menschliche Solidarität auf seine Fahnen geschrieben hat, werden von anderen Organisationen mitgetragen.

Sitz des Medizinischen Hilfe für Viet Nam ist: Clayallee 339 A, 14169 Berlin.
Tel. 802 93 64, co. Ursula Nguyen.
Spenden können eingezahlt werden auf die Kto-Nr. 1010 00 3727 bei der Sparkasse der Stadt Berlin, BLZ 100 500 00.

Bjelarus geht eigene Wege

Am Besten aus Sowjettagen festhalten

Auf der unlängst abgehaltenen „Assemblée der Völker der UdSSR“ trat Bjelorußland (Republik Bjelarus) mit einer eigenständigen Position auf, die erklärlich macht, warum die reaktionären Kreise des In- und Auslands den Kampf gegen das „diktatorische Lukaschenko-Regime“ auf die Tagesordnung gesetzt haben. Sie boykottieren und attackieren die bjelorusische Führung, weil sie eine der Zerschlagung aller Errungenschaften des Sozialismus, wie sie in anderen früheren Sowjetrepubliken vollzogen wurde, Widerstand leistende Politik vertritt, die bei fortschrittlichen Menschen in der ehemaligen UdSSR Verständnis und Sympathie findet.

Wir zitieren zur Information unserer Leser aus der Rede von Sergej Possochow, Ständiger Bevollmächtigter Vertreter der Republik Bjelarus in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), auf der erwähnten Assemblée:

„Heute geht im nachsowjetischen Raum ein realer Wettbewerb zweier Modelle der gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung vor sich. Das bjelorusische Modell wird unter der Führung des Präsidenten Alexander Lukaschenko verwirklicht. Sein Wesen besteht in der sorgfältigen Bewahrung jenes Besten und Fortschrittlichen, das in den Jahren der Sowjetmacht geschaffen wurde, sowie im Einbringen alles Neuen in die Entwicklung der Gesellschaft, was ihre höchste Effektivität garantiert. Das erste grundlegende Prinzip dieses Modells - das ist die Formierung der legitimen Macht im Interesse der Menschen der Arbeit und der Millionen einfacher Werktätiger.

Wir nehmen an, daß die Schaffung eines Staatssystems, dessen Hauptprinzip die Verteidigung der Menschen der Arbeit ist, zweifellos einen Basisleitsatz bildet, auf dem allein auch die künftige Union der Brudervölker aufgebaut werden kann. Vorrang besitzt hier die Erhaltung starker Arbeitskollektive vom Typ des Minsker Automobilwerkes, des Minsker Traktorenwerkes, des Erdöl-Textil-Chemie-Komplexes, des gewaltigen Komplexes zur Produktion von Hochqualitätswaren des Volksbedarfs (Fernseher, Kühlschränke, Bekleidung, Möbel usw.), die Bewahrung und Unterstützung der landwirtschaftlichen Großproduktion.

Im nachsowjetischen Raum - soweit ich das im Dienst meines Amtes beobachten und sehen kann - haben sich nur in Bjelorußland hochtechnologische und rentable Produktionskomplexe erhalten. Die heutigen Warenströme analysierend kann man sagen, daß deren Dynamik zwischen den Staaten der GUS - mit Ausnahme von

Bjelorußland und Rußland - fast Null ist. Und nur in der Union Bjelorußland - Rußland, die auf dem Prinzip des gemeinsamen Förderativstaates aufgebaut ist, betrug das Wachstum des beiderseitigen Warenaustausches 87 Prozent. Die ist der überzeugendste Beweis dafür, welchen Nutzen und welches Resultat das Streben nach Vertiefung der Integration bringt.

Nicht zufällig verspüren wir an uns den schrecklichsten Schlag vor allem in Bezug auf ein so verwundbares Glied der Volkswirtschaft wie das finanzökonomische System. Allen ist bekannt, daß das Finanzsystem Bjelorußlands heute der Attacke sowohl vom Osten als auch vom Westen aus ausgesetzt ist. Die ausländischen Banken versuchen auf jede Weise, die nationale Währung der Republik Bjelarus zu Fall zu bringen. Aber wenn es uns gelingt, die Währung zu behaupten, ihren Kurs zu halten, so können wir auch eine starke Produktion gewährleisten. Von allen Seiten kommen Vorschläge, wir sollten das Minsker Traktorenwerk in Dutzende von Handwerksmeistereien zerlegen, das Minsker Automobilwerk als angeblich nicht effektive Produktion aufteilen, obwohl dieser Betrieb heute seine Erzeugnisse in 143 Staaten der Welt liefert. Und heute produziert ein Minsker Traktorenwerk - und verkauft auch - mehr Traktoren als alle Traktorenwerke der SU zusammengenommen ... Große Aufmerksamkeit widmet die Führung von Bjelarus der Unabhängigkeit in der Lebensmittelbereitstellung. Zu 97 Prozent ernähren sich die Bjelorusen von einheimischen Nahrungsmitteln, auch 86 Prozent der sonstigen Waren des Massenbedarfs stammen von hier. Daher der Haß unserer Feinde.

Ein sehr wichtiges Prinzip ist die Bewahrung einer starken Sozialpolitik ... Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Studenten um 17 Prozent.

Das andere Modell ist in den Weiten der übrigen früheren UdSSR eingeführt worden. Das ist das Modell des räuberischen und menschenfeindlichen Kompradoren-Kapitalismus ...

In diesem Jahr begehen wir den 80. Geburtstag von Pjotr Mironowitsch Mascherow (er war ein bekannter Funktionär der KP Bjelorußlands). Das Hauptmotiv der Feiern bestand darin, Mascherow als berühmten Sohn Bjelorußlands und großen Patrioten der Sowjetunion zu würdigen. Das Volk sagte unseren Führern: Folgt dem Beispiel und dem Vermächtnis Mascherows! Für uns ist dies nicht nur eine mächtige Unterstützung, sondern auch der richtige Kompaß in der Arbeit. †

(Übersetzt von Eberhard Bock)

Jeanne Stern zum 90. Geburtstag



□ Jeanne Stern wurde am 20. August 1908 in Bedous (Südfrankreich) geboren, studierte Germanistik in Paris und Berlin, wo sie heute noch lebt, 1934 Eintritt in die KPF, 1937 Teilnahme am antifaschistischen Befreiungskampf des spanischen Volkes als

Korrespondentin, 1942/46 im mexikanischen Exil (dort übersetzte sie u.a. Anna Seghers, Friedrich Engels, Alexander Abusch und Bertolt Brecht ins Französische); seit 1951 literarische Zusammenarbeit mit ihrem 1989 verstorbenen Mann Kurt Stern. Sie schufen gemeinsam die Drehbücher und Filmszenarien zu „Das verurteilte Dorf“ (1952) [ein Werk, das sich gegen Atomkriegsgefahr und Remilitarisierung in der BRD wandte], „Stärker als die Nacht“ (1954) [hier wurde das Schicksal eines Kommunisten in den Jahren 1933 bis 1944 als Beispiel für den proletarischen antifaschistischen Widerstand gestaltet; in der weiblichen Hauptrolle: Helga Göring], „Das Leben beginnt“ (1960) [einer der künstlerisch überzeugendsten Filme zum Thema Republikflucht – im BRD-„Lexikon des internationalen Films“ wird er kritisiert wegen „zu konsequenter Parteilichkeit“!] und den Dokumentarfilm „Unbändiges Spanien“ (1962) [in dem gleichnamigen Bildband – Verlag der Nation, 1964 – heißt es im Vorwort: „Wir wollen mit unserem Film und mit unserem Bildband zum erstenmal das ganze Drama des spanischen Volkes bis zum heutigen Tage, das letzte Vierteljahrhundert seiner erregenden Geschichte umreißen.“]; später machten sich „die Sterne“ vor allem einen Namen durch so eindrucksvolle Reportagebände wie „Reisfelder – Schlachtfelder“ (1967) und „Bevor der Morgen graut. Vietnam zwischen Krieg und Sieg“ (1969). Mit diesen beiden Bänden riefen sie ebenso zur Solidarität mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk auf wie durch ihre herausgeberische Mitarbeit an der künstlerischen Dokumentation „Vietnam in dieser Stunde“ (1968). In einer Rede anlässlich der Übergabe des Buches „Vietnam in dieser Stunde“ sagte Kurt Stern: „Wir hoffen und glauben, daß wir mit der Herausgabe unseres Buches einen national und international wirksamen Beitrag in einem der entscheidenden Freiheitskämpfe dieses Jahrhunderts leisten, sowohl einen moralischen wie auch einen materiellen Beitrag, da der Reinertrag dieses Buches der Solidaritätsaktion „Strom für Vietnam“ zufließen wird. So soll und wird das Werk mithelfen, Licht in die Köpfe der Leser und auch Licht und Energie in die Betriebe,

Laboratorien und Krankenhäuser Vietnams zu tragen.“

Und in „Reisfelder – Schlachtfelder“ heißt es: „Ein gefährlicher Dummkopf, wer in Vietnam war und von dem, was er gesehen und erlebt hat, nicht zutiefst angerührt ist. Doch: ‚Besser als gerührt sein, ist sich rühren.‘ Um uns zu rühren, haben wir dieses Buch geschrieben. Um das aus der Ferne kaum Faßbare vorstellbar zu machen. Um dazu beizutragen, daß sich viele, viele noch viel mehr rühren als bisher. Um das Leid des vietnamesischen Volkes abzukürzen und seinen Sieg beschleunigen zu helfen.“ Ich selbst habe das Buch im August 1968 mit großem Gewinn gelesen und viele Informationen daraus immer wieder während der Aktionen gegen den Vietnamkrieg verwenden können. Noch heute – dreißig Jahre danach – erinnere ich mich daran, daß dies eines der emotional packendsten und überzeugendsten Bücher über Vietnam, die Aggression der USA gegen das kleine Land und dessen Widerstand war, die ich kennenlernte. 1972 erschien „Schauplatz Paris“, ein mitreißender, bewegender Reportageband [die revolutionäre Vergangenheit der Stadt – Kommune, Resistance – wurde in Beziehung gesetzt zu den gesellschaftlichen Konflikten der Gegenwart].

Jeanne und Kurt Stern wurden 1952 mit dem Weltfriedenspreis, 1952 und 1955 mit dem Nationalpreis der DDR, 1970 mit dem Heinrich-Mann-Preis und 1973 mit dem Vaterländischen Verdienstorden ausgezeichnet.

Abschließend möchte ich Jeanne Stern selbst zu Wort kommen lassen – mit einigen Zeilen aus einer Arbeit über ihre Freundin Anna Seghers: „Aus dieser Zusammengehörigkeit der bedrohten Genossen erwuchs in vielen Fällen eine Freundschaft, die Zeit und Raum und Tod überdauerte. Von wenigen Menschen nur wußte man ganz genau, daß man sich auf sie verlassen konnte. Auf Anna war Verlaß: auf ihre sturmeste Gesinnung, auf ihren hellen Verstand, der manchen aus der Verzweiflung riß ... Als wir uns trennten, im besetzten Frankreich des Herbstes 1940, verblüffte mich mehr als alles die zähe Verwegenheit, die ich in ihr spürte.

Ich mußte wieder daran denken, viel später, als ich auf einen Satz von ihr stieß, der sie kennzeichnet: ‚In jedem Abschied steckt der Aufbruch zu einem neuen Ziel!‘“

Vielen Dank für Dein (Euer!) Werk – es ist unvergessen – und herzlichen Glückwunsch zum unglaublichen 90., liebe Compañera Jeanne!

W.M.

Kurt Stern:

WARUM ICH DAFÜR BIN

Wer kann durch Lohnsenkungen reicher werden?

Bei uns niemand.

Wer kann aus Preiserhöhungen Gewinn schlagen?

Bei uns niemand.

Wer kann sich am Krieg gesundstoßen?

Bei uns niemand.

Wo verdienen nur die, die es verdienen und nicht die, die sich bedienen lassen?

Bei uns.

Wer leidet lieber an Altersschwäche als an Kinderkrankheiten?

Ich nicht.

Darum.



Zeichnung: Elizabeth Shaw

Leserbriefe

Vielen Dank für den „RotFuchs“ und die Thesen zur Programmatischen Orientierung. Beides hat mich in meinem Entschluß bestärkt, in die DKP einzutreten. Der Weg der PDS geht zurück (in Richtung Sozialdemokratie) und ich möchte vorwärts, für eine bessere Gesellschaft.

Der „RotFuchs“ ist das Beste, was ich in letzter Zeit gelesen habe: Informativ, unterhaltend, Wissen vermittelnd. Beispielsweise hat der Artikel in Nr. 4 über Max Reimann meine Geschichtskennntnisse wieder etwas aufgefrischt. Sehr interessant fand ich auch „Kissingers Einladung“ in Nr. 6. Ich freue mich darüber, daß viele Genossen, die von der Siegerjustiz eingekerkert sind, hier zu Wort kommen.

Sobald es mit Arbeit und Wohnung in Berlin geklappt hat (voraussichtlich im Oktober), würde ich gern bei der Verschickung usw. mithelfen.

Anbei 30 Briefmarken für den „RotFuchs“. Weiter so und viel Erfolg!

Mirko Wittich, Murg (Baden)

Ich stimme dem Beitrag der Genossin Katrin Hellwig „Prüfstein Cuba“ zu, in welchem sie mit großem Engagement die Unterstützung der neuen DKP-Brigade einfordert. Es sei hinzugefügt, daß der DKP-Parteivorstand eine ebenso aktuelle wie ansprechende Broschüre hierzu veröffentlicht hat, die beim PV (und sicherlich auch beim Bezirksvorstand Berlin) angefordert werden kann. Das großartige DKP-Projekt ist eine von vielen Solidaritätsaktionen in diesem Land. In „RotFuchs“ Nr. 6 wurde eine zusammenfassende Selbstdarstellung von NETZWERK CUBA - Informationsbüro - e.V. veröffentlicht. Die DKP ist - neben 27 anderen Gruppen, Organisationen und Initiativen - Mitglied des NETZWERK. Leider wurde im letzten „RotFuchs“ versäumt, unsere Adresse zu nennen, was hiermit nachgeholt werden soll:

**NETZWERK CUBA -
Informationsbüro - e.V.,
Maxstr. 50, 53117 Bonn,
Tel. & Fax: 0228/9637001,
e-mail: cubared@link-k.gun.de**

Zur Zeit sammeln wir Geldspenden zur Linderung der Auswirkungen der Dürrekatastrophe in Cubas Ostprovinzen auf dem Konto:

**NETZWERK CUBA e.V., Sparkasse Bonn,
Kto-Nr. 38877, BLZ 380 500 00,
Verwendungszweck: Dürreprovinzen**

Mit internationalistischem Gruß
Heinz-W. Hammer, Vorsitzender NETZWERK CUBA e. BV.

Die Zeitung „RotFuchs“ gefällt mir als Mitglied der PDS auch deshalb, weil Themen eine wichtige Rolle spielen, die mir sehr am Herzen liegen. Dazu gehören für mich die internationalistische Solidarität (vor allem auch mit dem kubanischen Volk), die Solidarität mit den Verfolgten der Klassenjustiz und natürlich die Bündnispolitik.

Ich werde mich auch in Zukunft für enge Beziehungen und gemeinsame Aktionen von DKP und PDS einsetzen.

Andreas Krämer, Gersdorf/Chemnitzer Land

Mit Interesse habe ich die jüngste Ausgabe von „RotFuchs“ gelesen und festgestellt, daß er immer besser wird. Dazu Gratulation und Wünsche für weitere Erfolge. Als einer von vielen, die selbst - noch nicht volljährig - in Hitlers Krieg ziehen und in Gefangenschaft gehen mußten, las ich in der Juli-Ausgabe aufmerksam den Artikel von Gerhard Feldbauer „Nazis in Bonner Diensten“. (Kleine Anmerkung: In „Meyers Neues Lexikon“, Bd. 2 befinden sich die zitierten Angaben statt auf Seite 282 erst auf Seite 582, sicher ein Druckfehler).

Man wundert sich, daß ausgerechnet die Bundeswehr die einzige Institution sein soll, die ohne alte Nazis in diesen „Rechtsstaat“ gekommen ist. Ich las das in „Die Wehrmachtausstellung“, Dokumentation einer Kontroverse, erschienen bei Edition Temmen, 1997. Es handelt sich um die Wiedergabe einer Fachtagung zur Wehrmachtausstellung am 26.2.1997 sowie der Bundestagsdebatten vom 13.3. und 24.4.1997. Generale und Professoren bemühen sich relativ sachlich, ihre widerstreitenden Positionen darzulegen. Es waren Kriegsteilnehmer wie Angehörige nachfolgender Generationen, darunter höchste militärische Dienstgradträger bis in die NATO. Hier sei Generalleutnant a.D. Werner von Scheven zitiert: „Und dann habe ich die DDR kennengelernt. In der Auflösung der NVA. Und ich habe gesehen, wie weit die NVA in der Gesellschaft vorgedrungen war, wie stark die DDR militarisiert war ... Auch die Köpfe der Menschen in der DDR sind von den Kindergärten an militarisiert worden.“ Seine Behauptungen führten nicht zu der Frage, warum es 1989/90 in der DDR kein Blutvergießen gab, warum kein Schuß gefallen ist ... Ob die demokratische Bundeswehr bei künftigen gesellschaftlichen Veränderungen Gewähr bei Fuß stehen wird, kann nach deutschen Erfahrungen bezweifelt werden.

Günter Bergmann, Königs Wusterhausen

Danke für den „RotFuchs“. Macht Ihr Klasse!

Bernd Heidmann, Rostock

Der „RotFuchs“ gehört zu meiner Lieblingslektüre, da er wertvolle Beiträge verschiedenster Art bringt.

Dem „Kulturredakteur“ Wolfgang Metzger danke ich für seine Hinweise in der Rubrik „Am Rande bemerkt“. Die hier veröffentlichten Beiträge sind sehr informativ. Ich erhoffe mir da noch viel. Die von W.M. in Nr. 6 gegebenen Tips zum „Braunbuch“ und zum „Weißbuch“ über Nazi- und Kriegsverbrechen möchte ich mit einem Hinweis auf das 1967 im Staatsverlag der DDR erschienene „Graubuch“ ergänzen. Es stellt den Zusammenhang zwischen Neonazismus und Expansionspolitik in Westdeutschland dar. Tatsachen, Dokumente und Aussagen von Zeugen unterschiedlichster politischer und weltanschaulicher Lager belegen, daß der Neonazismus von Beginn an tief in der Bundesrepublik verwurzelt war. Die meisten dieser Materialien wären es wert, heute erneut Verbreitung zu finden. Mich wundert es nicht, daß nach der Einverleibung der DDR die alten und neuen Nazis noch frecher ihr Haupt erheben. Aktiver antifaschistischer Kampf ist oberstes Gebot.

Bruni Büdler, Berlin

Viele haben sich die Aufgabe gestellt, ein Gegengewicht gegen den deutschen Chauvinismus zu schaffen. So die AG Internationale Arbeit in der PDS Cottbus (Politourismus) oder „Setkani“ - zu deutsch „Treffen“ -, eine Organisation deutscher und tschechischer Linker, die sich im Frühjahr gründete. Die Initiative ging auch von Renate Hennecke/ München aus.

Im Mai 1999 wollen wir wieder mit einer DKP-Vertretung am Politcamp in der Tschechischen Republik teilnehmen, zuvor noch am 7. Traditionstreffen der KSCM in Kunečická hora (5. September) und am Pressefest der KP-Zeitung „Halo noviny“ in Prag (3. Oktober). Wir suchen Mitstreiter, die uns unter 038 328 80754 (Tel./Fax) oder postalisch in 18519 Brandshagen, Dorfstr. 16 B erreichen können.

Euer „RotFuchs“ ist immer wieder große Klasse und man kann die Artikel öfter lesen - ja, man muß sogar!!! Weiter so - Ihr habt die besten Leute dafür.

Rosi und Wolfgang Nicolas, Brandshagen, Mecklenburg-Vorpommern

Habt recht vielen Dank für die Zusendung des „RotFuchs“, den ich aufmerksam lese. Es ist für uns Kommunisten „im Westen“ sehr interessant, auch einmal den „O-Ton“ der Berliner Genossen im Nordosten zur Kenntnis nehmen zu können.

In der Nr. 5/1998 habt Ihr einen Hinweis auf den DEFA-Film von Horst Groschopp

„Ware für Katalonien“ veröffentlicht. Ist dieser Krimi publiziert worden? Ich habe jedenfalls in den hiesigen Bibliotheken unter Groschopp, Horst einen solchen Titel nicht gefunden. Das mag ja an der Literaturlauswahl der Leihbüchereien im Revier liegen, vielleicht ist er aber unter einem anderen Autor-Titel erschienen. Könnt Ihr mir helfen?

Frank Markowski, Essen

Bemerkung der Redaktion: Die Hilfe ist bereits erfolgt.

Die klugen Beiträge von klugen Leuten lassen mein rotes Herz höher schlagen. „Sag mir, wo du stehst“, Werner Hoppe, Hamburg, hat mir aus eben diesem Herzen geschrieben, habe ich doch den 17. Juni 1953 und den 13. August 1961 hautnah erlebt. Während die konterrevolutionären Vorgänge 1953 nach einem minutiös festgelegten Plan abliefen, nahm die Bedrohung 1961 sogar offenkriegerische Formen an. Wie atmeten wir auf, als die „Mauer“ stand. Endlich war dem Raub der Arbeitskraft und der fast ungehinderten Verschiebung in der DDR erzeugter Güter ein Riegel vorgeschoben.

Nach meiner Ansicht waren „entscheidende Schichten“ der DDR-Arbeiter im Juni 1953 nicht beteiligt. Wie hätten wir sonst den größten Teil der Betriebe vor Randalierern und Plünderern schützen können. Es tut gut, den sachlichen Bericht von Hoppe zu lesen, der den lügnerischen Behauptungen einer gewissen Presse Paroli bietet.

Gretel Neumann, Dresden

Vielen Dank für den „RotFuchs“, den ich mit Freude und Interesse gelesen habe. Eigentlich ist er schon keine Kleinzeitung mehr, aber eigentlich ist eigentlich gar kein Wort. Er kommt ja aus einer großen Stadt und ist professionell gemacht. Gefällt mir. Ich hoffe, Ihr schickt ihn mir weiterhin. Die Zeitung wird von mir weitergereicht. Ich wünsche Euch viel Erfolg. Anbei 20 Briefmarken.

P.S. Was ich vermisste, ist eine Werbung für die UZ, denn sie ist unsere gemeinsame Zeitung und braucht noch viele Abonnenten.

Waltraud Paasch, Schwerin

Mir liegen die Nummern 1 bis 6 vor. Gegenwärtig bin ich dabei, die Zeitungen gründlich durchzuarbeiten. In unserer Parteigruppe geht der „RotFuchs“ von Hand zu

Hand. Er findet bei allen Mitgliedern sehr guten Anklang.

Was springt mir sofort ins Auge?

Es sind der Inhalt, die Sprache und die „Handschrift“, welche die Zeitung für uns so lesbar machen. Hier schreibt eine Anzahl von Autoren, die in der DDR in vier Jahrzehnten unmittelbar Freud und Leid, die den „Kalten Krieg“ sowie echte Klassensolidarität erlebt haben. Dies wird in allen Artikeln sowie Kommentaren deutlich. Die Themenauswahl der Zeitung ist ausgezeichnet und spricht unsere Genossen aus der DDR direkt an. Ein Artikel, wie „Die Rache nimmt kein Ende“ („RotFuchs“ Nr. 6) ist für unsere politische Argumentation eine unschätzbare Hilfe. Unmittelbar daneben stand „Nazis in Bonner Diensten“. Ich finde diese Zusammenstellung ausgezeichnet.

Ich betrachte den „RotFuchs“ nicht als Gegenstück zur UZ, sondern als wertvolle Bereicherung für unsere gesamte Parteiarbeit. Beide Zeitungen werden gegenwärtig und für die nächste Zukunft benötigt als die reale Widerspiegelung der politischen Situation in der DKP West und der DKP Ost. Die UZ ist für mich, bei allen Schwachstellen, die sie hat, das Beste, was ich im BRD-Blätterwald vorfinde. Aber auch darüber sind wir uns im Klaren: Sie hat in ihrer Wirksamkeit, besonders in Richtung DDR, ihre Grenzen! ...

Wenn wir auch in Ost und West zu Grundfragen des Marxismus-Leninismus sowie zur Bonner Räuberpolitik übereinstimmen, so ist doch die Interessenlage der Menschen auf vielen Gebieten sehr unterschiedlich. Es wird deutlich, daß sich das Leben in vier Jahrzehnten und in zwei souveränen deutschen Staaten nicht einfach mit einer neuen „Schlagzeile“ in der Presse überspielen läßt. Dies ist ein langer, komplizierter Prozeß. Viele Probleme werden in Ost und West aus unterschiedlicher historischer Sichtweise und aus differenziertem persönlichen Erleben beurteilt und dargestellt.

Ich wünsche mir - wie im „RotFuchs“ schon gut begonnen - noch mehr Fakten und Hintergrundinformation, um die verlogene Politik der BRD-Regierung zu entlarven, den Kommunisten überzeugende Argumente zu vermitteln und die Jugend anzusprechen, damit sie „realistisch“ vom Sozialismus träumt.

Unser „RotFuchs“ geht in seinem inhaltlichen Niveau weit über den „örtlichen Rahmen“ hinaus. Dazu kann man die Redaktion der Zeitung sowie die Helfer aus den Parteikollektiven nur herzlich beglückwünschen.

Karl Hertel, Dessau

Drei Fragen an unsere Leser

Am 7. Oktober begehen wir den 49. Jahrestag der Gründung der DDR. Das soll sich auch in der nächsten Ausgabe unserer Zeitung widerspiegeln. Wir bitten deshalb um kurze Zuschriften zu den folgenden Fragen:

Was war Euch an der DDR am wertvollsten?

Was fällt Euch bei den drei Buchstaben DDR als erstes ein?

Was ist Eure wichtigste persönliche Erinnerung an den ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat?



Unser JA zur Rechtschreibreform Stiehlstig

Liebe „Rothfuxleeser“!

Wier sint seer froo, dass es jätzt die Rächtschreibreform giebt. Dass hept unser Schprachemfinden und stergt unsern Sinn führ Stiehlstig. Gärne wärten wier sich auch bei uns einfürn. Abär wier heegen die Befürchtunk, dass das Nivoo unserer Leeser datzu noch nich ausreicht. Wier bitten dähhalb um Ferstendnis, dass unser Blat biss zum Jahr 2002 waiter auf die unferhundste doitsche Schprache angewieshen pleibt.

Die Rehdaktion

Herzliche Glückwünsche

Herzliche Glückwünsche übermittelt die Gruppe Nordost unserem verdienten Genossen **HARRY**, der am 17. September seinen 79. Geburtstag begeht.

Wir Kommunisten auf der Schönau

Die Mannheimer Kommunistin Gerda Mies, Lebens- und Kampfgefährtin des langjährigen Vorsitzenden der DKP, Herbert Mies, hat unter diesem Titel jetzt im Eigen- und mit dem Druck ein eindrucksvolles und reich illustriertes Heft zur Geschichte der Kultur- und Interessengemeinschaft Schönau e. V. sowie zum Kampf der Arbeiterbewegung im gleichnamigen Mannheimer Stadtteil herausgebracht.

Wir empfehlen es „RotFuchs“-Lesern, die sich mit der kampferfüllten Tradition unserer Genossinnen und Genossen im Südwesten Deutschlands vertraut machen wollen. Schutzgebühr 5 DM.

Bestellungen bei: Gerda Mies,
Hohensalzer Str. 3,
68307 Mannheim

IMPRESSUM

Herausgeber: DKP Berlin-Nordost

ViSdP.: Dr. Klaus Steiniger
Teterower Ring 37
12619 Berlin
Tel. (030) 56 13 404

Layout: K. Uwe Langer

Ständige Mitarbeiter:

Lena und Kurt Andrä,
Eberhard Bock, Dr. Sigmar Ebbach,
Dr. Gerhard Feldbauer
Walter Florath, Wolfgang Metzger,
Karin Hellwig, Werner Hoppe,
Prof. Dr. Ulrich Huar,
Rainer Rupp, Harry Schmitt,
Karl-Eduard v. Schnitzler,
Dr. Hartwig Strohschein,
Dr. Roland Ulbricht

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Große Demonstration gegen Arbeitslosigkeit am

12. September 1998 ab 13.00 Uhr vom Rosa-Luxemburg-Platz

Die Veranstaltung beginnt um 15.00 Uhr am Neptun-Brunnen vor dem Roten Rathaus.

Die DKP Nordost führt am Dienstag,

dem 22. September 1998 um 19.00 Uhr im Haus am Franz-Mehring-Platz

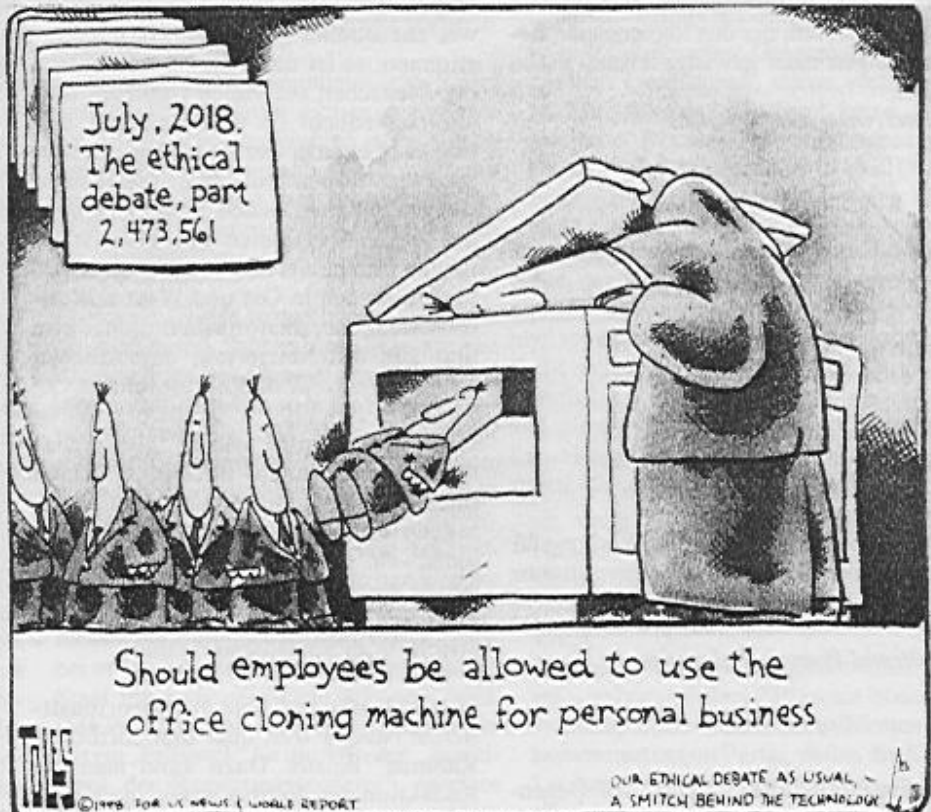
eine Mitgliederversammlung durch, an der Genosse Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP, teilnimmt.

Er spricht zu dem Thema: Bewertung des 14. Parteitages der DKP.

Gerhard Branstner:

ROT BLEIBT ROT

Die Aubergine hat durch ihre raffinierte Zubereitung das Ansehen eines edlen Gemüses erhalten. Die Mohrrübe, von Natur aus die wertvollere Frucht, genießt dagegen nur ein plebejisches Ansehen. Die Chancengleichheit ist also nicht nur in der menschlichen Gesellschaft ein klassenmäßiges Problem.



Ethik-Debatte im Juli 2018: „Sollte es den Angestellten erlaubt sein, die Klonmaschine im Büro für ihre persönlichen Zwecke zu benutzen?“